

Balken, Torten, Kurven Zweitausend- zweiundzwanzig

Grafiken der Woche



Agenda
Austria

Balken, Torten,
Kurven und andere
erhellende Grafiken aus
dem Jahr Zweitausend-
zweiundzwanzig

Vorwort

Ein Jahr auf der Achterbahn _____ 6

Steuern & Abgaben

Wer mehr arbeitet, zahlt drauf _____ 10

Inflation beschert Staat
milliardenschweren Geldregen _____ 12

Wo Arbeitnehmern netto
mehr bleibt _____ 14

So profitiert der Staat von
der Inflation _____ 16

Österreich hat die dritthöchste
Staatsquote in der EU _____ 18

Ein Zehntel zahlt mehr als
die Hälfte der Lohnsteuer _____ 20

Geldpolitik

Nullzinsen trotz Rekordinflation ____ 24

Warum Inflation mehr als nur
ein Energieproblem ist _____ 26

Der Euro wird immer mehr
zur Weichwährung _____ 28

Kommt die nächste
Staatschuldenkrise? _____ 30

Die Preise steigen auf breiter Front __ 32

Löst Italien die nächste
Euro-Krise aus? _____ 34

So treiben die Erzeugerpreise
die Inflation _____ 36

Inflation hält sich nicht an
die EZB-Prognosen _____ 38

Energieversorgung

Ist Treibstoff so teuer wie noch nie? __ 42

Gas um 50 Prozent teurer als 2013 __ 44

Wie voll (leer) sind die Gasspeicher? __ 46

Wie stark hängen die EU-Länder
vom Gas ab? _____ 48

Das dicke Ende ist bereits in Sicht ____ 50

Wo der Gasverbrauch in
Europa sinkt _____ 52

Wirtschaft wächst, fossiler Energie-
verbrauch stagniert _____ 54

Energie wird 2023 noch teurer ____ 56

Budget & Finanzen

Milliardenplus dank Inflation für
Brunners Budget _____ 60

Das 140 Milliarden große
Pensionsloch _____ 62

Steuereinnahmen weiterhin hoch ____ 64

Pensionen & Sozialstaat

Wie die Pensionserhöhung
das Budget belastet _____ 68

Pensionen besonders
schnell gestiegen _____ 70

Arbeitsmarkt & Einkommen

Erstmals mehr offene Lehrstellen
als Suchende _____ 74

Wo die guten Leute fehlen _____ 76

Viele Jobs, keine Arbeitnehmer ____ 78

Wie der Staat von Lohnerhöhungen profitiert	80
Österreich wird zur Arbeitskräftemangelwirtschaft	82
Wen die Inflation wie stark trifft	84
Der Arbeitskräftemangel steht erst am Anfang	86
Wie stark federt der Staat die Inflation ab?	88
Wenig Kinderbetreuung, viel Teilzeit?	90
Lohn-Preis-Spirale voraus?	92
Arbeiten wie die (alten) Schweden	94
Österreich, das Land der geringfügig Beschäftigten	96
Gehören Sie zur Mittelschicht?	98

Finanzen & Geldanlage

Was aus einem Euro seit 1980 geworden ist	102
Sparer verlieren 6,2 Milliarden Euro im Jahr	104

Wirtschaftsstandort

Was uns ein fünfter Lockdown kosten würde	108
Österreich erholt sich langsamer als andere Länder	110
Warum Sie auf Ihre Lieferung warten	112
Briten wieder auf dem Wohlstandsniveau von 2018	114

Wohnen

Mieten steigen in allen Segmenten	118
Hohe Baukosten dürften Mieten nach oben treiben	120
Impressum	122

Ein Jahr auf der Achterbahn

6

Wie man es auch dreht und wendet: 2022 war kein langweiliges Jahr. Inflationswelle, Beschäftigungsmangel, hohes Wirtschaftswachstum, das erste Jahr ohne Lockdown seit Ausbruch der Pandemie und in unmittelbarer Nähe ein verheerender Krieg, der von einer Atommacht ausgelöst wurde. Ein Stoff, der gut und gerne ein ganzes Jahrzehnt füllen könnte.

Die Politik war jedenfalls an Ort und Stelle, bevor nach ihr gerufen wurde: Das Geld der Steuerzahler wurde mit allen

Mitteln unter die Leute gebracht, als stünde die Zukunft ganzer Generationen auf dem Spiel. Dabei ging es nur um das politische Hier und Jetzt, um schnellen Trost für die aufgebrauchten Wähler. Warum das so nicht weitergehen sollte, zeigt Ihnen die Sammlung unserer Grafiken der Woche des vergangenen Jahres 2022.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen

Franz Schellhorn
Direktor Agenda Austria



Steuern & Abgaben

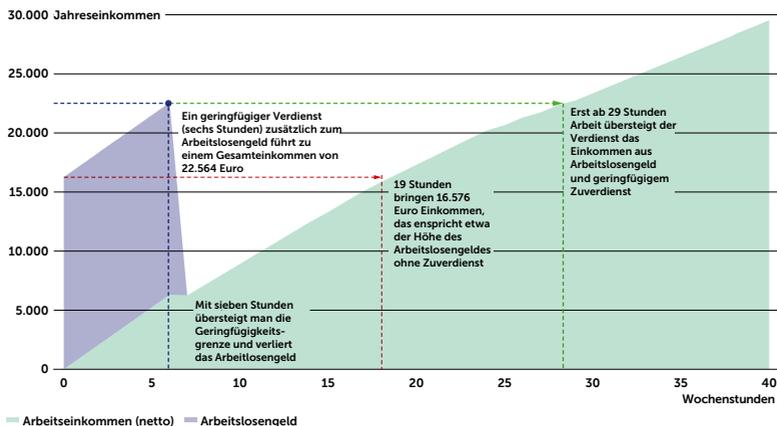
Wer mehr arbeitet, zahlt drauf

In Österreich konnten im Frühjahr 2022 – trotz fast 400.000 Arbeitslosen – mehr als 110.000 Stellen nicht nachbesetzt werden. Ein Grund dafür könnte in den vom Staat gebotenen Anreizen liegen, sich keine Vollzeitstelle zu suchen. So dürfen Arbeitslose bis zu 485,85 Euro pro Monat (14-mal) oder 6.801,90 Euro im Jahr dazuverdienen, ohne die staatliche Arbeitslosenunterstützung zu verlieren. Verdient jemand aber nur um einen Cent mehr pro Jahr, werden Abgaben fällig. Mit der Folge, dass das Jahreseinkommen um mehr als 1.000 Euro sinkt. Das wiederum führt dazu, dass Arbeitslose im Schnitt 29 Stunden arbeiten müssen, um mehr Geld zu verdienen als in der Arbeitslosigkeit samt geringfügiger Beschäftigung.

Geringfügigkeitsfalle: Wer mehr arbeitet, zahlt drauf

– verfügbares Jahreseinkommen (in Euro) nach Wochenarbeitszeit (in Stunden), unter Berücksichtigung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld

Die Person bezog vor und nach der Arbeitslosigkeit das gleich hohe Bruttomonatseinkommen von 3.000 Euro:



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Bruttomonatseinkommen von 3.000 Euro (Vollzeitaquivalent) für einen Single-Haushalt ohne Kind. Der Anspruch auf das Arbeitslosengeld ist vom vorherigen Bruttomonatseinkommen von 3.000 Euro berechnet.

Inflation beschert Staat milliardenschweren Geldregen

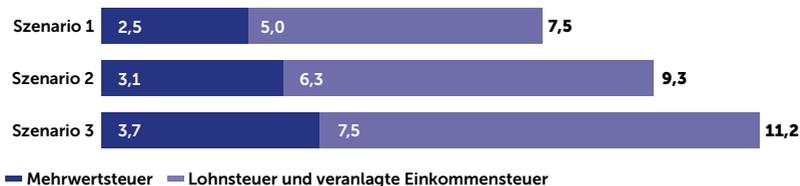
Während die hohe Inflation die Menschen in Österreich belastet, darf sich Finanzminister Magnus Brunner über einen milliardenschweren Geldregen freuen. Insbesondere die Einnahmen durch die Mehrwertsteuer und die Lohn- bzw. Einkommensteuer werden kräftig anziehen. Bereits Inflationsraten von fünf Prozent im heurigen und drei Prozent im kommenden Jahr beschern dem Staat Mehreinnahmen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro. Das ist das Volumen einer größeren Steuerreform. Für das Jahresende 2022 wurde aber eine noch deutlich höhere Inflation prognostiziert. Je nachdem, wie hoch die Jahresinflation am Ende sein wird, kann die Belastung der Steuerzahler auf rund neun bis elf Milliarden Euro ansteigen. Schon 2021 lagen die Steuereinnahmen auf Rekordniveau.

Steuern & Abgaben

18. April

Staatliche Mehreinnahmen durch die hohe Inflation

– Zusatzeinnahmen durch Mehrwert-, Lohn- und Einkommensteuer 2022 und 2023 gegenüber dem Vorjahr, in Milliarden Euro



Quellen: BMF, Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen.

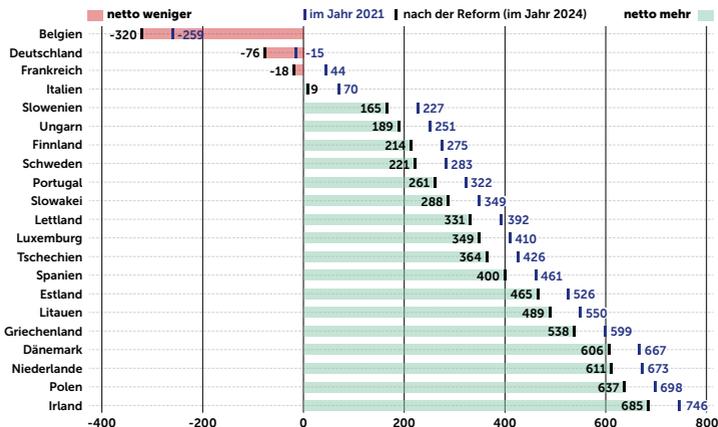
Anmerkung: In Szenario 1 wurde eine Inflationsrate von fünf Prozent im Jahr 2022 und drei Prozent 2023 unterstellt. In Szenario 2 betragen diese Inflationsraten sechs und vier Prozent, in Szenario 3 sieben und fünf Prozent. Differenzen durch Rundungen.

Wo Arbeitnehmern netto mehr bleibt

In der Europäischen Union wird Arbeit nur in Belgien und Deutschland stärker belastet als in Österreich. Gemessen an den Arbeitskosten haben Österreichs Arbeitnehmer die drittniedrigsten Nettolöhne in der industrialisierten Welt. Anhand der Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Agenda Austria berechnet, wie viel mehr einem österreichischen Durchschnittsverdiener in der Tasche bleiben würde, wenn seine Arbeitsleistung so stark belastet wäre wie die eines Durchschnittsverdieners in vergleichbaren Ländern. Würden die heimischen Arbeitnehmer so stark belastet werden wie ihre niederländischen Kollegen, blieben ihnen 673 Euro netto mehr im Monat. Hätte Österreich dieselbe Steuer- und Abgabenbelastung wie der Wohlfahrtsstaat Schweden, bekäme ein Durchschnittsverdiener immer noch 283 Euro netto mehr im Monat.

Wo Arbeitnehmern netto mehr bleibt

– besteuert im jeweiligen Land, würde ein österreichischer Durchschnittsverdiener monatlich um folgende Beträge netto mehr oder weniger erhalten, in Euro



Quellen: Taxing Wages 2022, eigene Berechnungen.

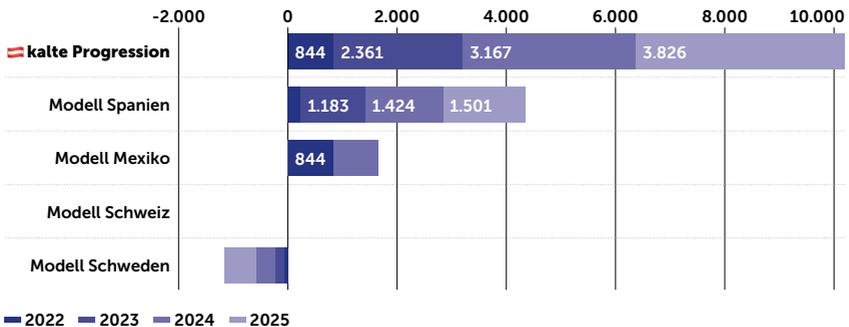
Anmerkung: Abgabenbelastung berechnet für einen durchschnittlichen, ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single ohne Kind (3.604 Euro Bruttomonatseinkommen). Die zweite und die dritte Tarifstufe werden zwischen 2021 und 2024 stufenweise von 35 auf 30 Prozent sowie von 42 auf 40 Prozent gesenkt.

So profitiert der Staat von der Inflation

Finanzminister Magnus Brunner würde die kalte Progression gerne mit 2023 abschaffen. So soll eine Arbeitsgruppe im Finanzministerium bis zum Sommer Vorschläge ausarbeiten, wie die kalte Progression zu eliminieren wäre. Aufgrund der hohen Inflationsraten drängt die Zeit. Andere Länder machen vor, wie sich diese unfaire Belastung verhindern lässt. Die Modelle in der Schweiz und in Schweden garantieren eine vollständige Kompensation, wie Berechnungen der Agenda Austria ergaben. Besonders einfach ist dabei das Schweizer Modell: Die Tarifstufen sowie Frei- und Absetzbeträge werden automatisch jedes Jahr an die Inflation angepasst.

Belastung durch die kalte Progression

– Mehreinnahmen des Staates, in Millionen Euro



Quellen: EUROMOD, OeNB, eigene Berechnungen.

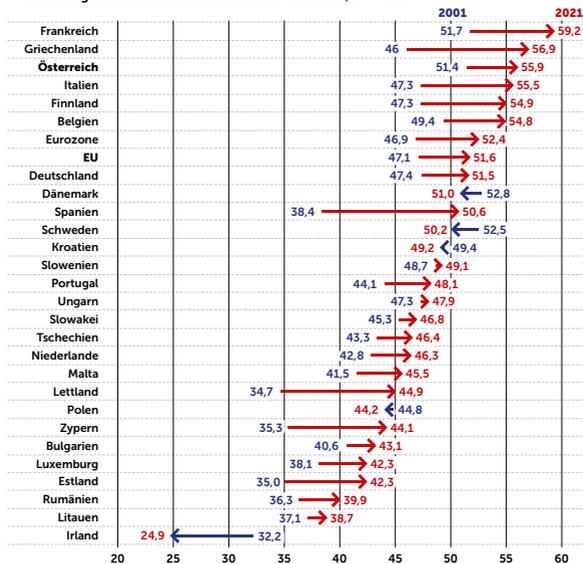
Anmerkung: Anpassung aller Steuerfrei- und Absetzbeträge. Die Entlastungsmaßnahmen der ökosozialen Steuerreform sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Inflationsprognose auf Basis der OeNB-Prognose von März 2022. Die Inflation lag 2021 bei 2,8 Prozent. Die OeNB geht von einer Preissteigerung (HVP) von 5,3 Prozent für heuer und 2,9 Prozent im kommenden Jahr sowie 2,3 Prozent für 2024 aus. Für das Reallohnwachstum wurde eine jährliche Zuwachsrate von 0,2 Prozent (2022), 0,4 Prozent (2023), 0,6 Prozent (2024) und 0,8 Prozent (2025) angenommen.

Österreich hat die dritthöchste Staatsquote in der EU

Immer neue Entlastungspakete, Diskussionen um ineffiziente und teure Preisdeckel: Forderungen nach der Verteilung von mehr staatlichen Geldern hatten in Österreich 2022 Hochkonjunktur. Ein Trend, der schon vor der aktuellen Krise klar erkennbar war. Innerhalb der EU liegt Österreich bei den Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung gegenwärtig auf dem dritten Platz. Nur Frankreich und Griechenland konnten 2021 noch höhere Quoten vorweisen. In absoluten Zahlen gemessen haben sich die Staatsausgaben innerhalb der vergangenen 20 Jahre von 113,3 auf 225,7 Milliarden Euro nahezu verdoppelt. Bei einer Teuerung von rund 45 Prozent. In Österreich ist die Staatsquote, also die Staatsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in den letzten 20 Jahren um 4,5 Prozentpunkte gewachsen. Einen großen Anteil daran hatten jüngst die Corona-Hilfen.

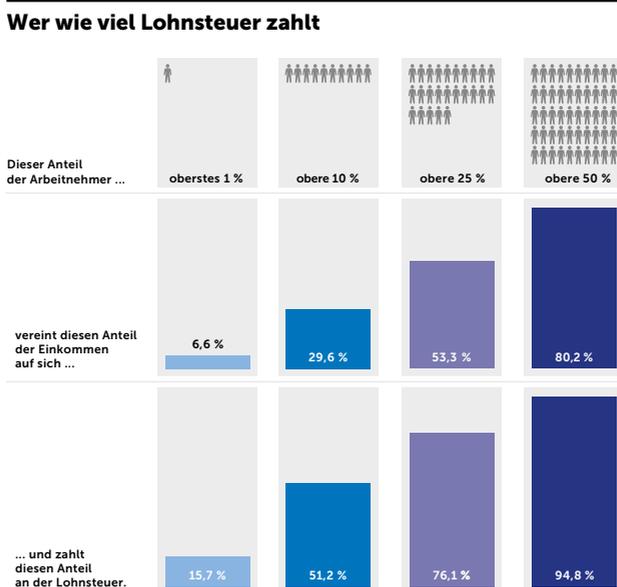
Staatsquote in der EU in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen

– Staatsausgaben 2001 und 2021 in Relation zum BIP, in Prozent



Ein Zehntel zahlt mehr als die Hälfte der Lohnsteuer

Unselbständig Erwerbstätige machen in Österreich keine großen Sprünge. Das liegt insbesondere daran, dass der Staat den Großteil der Einkommen über Sozialabgaben und Steuern „abschöpft“. Bereits ab einem Bruttojahreseinkommen von knapp 50.000 Euro zählt man laut Berechnungen der Agenda Austria in Österreich zum obersten Viertel der Einkommensbezieher. Diese Gruppe bezahlt drei Viertel der Lohnsteuer. Mit rund 70.000 Euro zählt man hierzulande zu den Top 10 Prozent der Einkommensbezieher, die mehr als die Hälfte der gesamten Lohnsteuer zu schultern haben.





Geldpolitik

Die Inflation im Euroraum ist auf einen Höchststand gestiegen. Die Verbraucherpreise waren im Jänner um 5,1 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Trotzdem hält die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrer lockeren Geldpolitik fest. Das war nicht immer so. Um steigenden Preisen entgegenzuwirken, reagierte die Geldpolitik zu Beginn der Euro-Einführung noch mit steigenden Zinsen. Von dieser Strategie ist man in Frankfurt im Sommer 2012 endgültig abgewichen. Nachdem der Leitzinssatz drei Jahre später bei null angekommen war, wurde die unkonventionelle Geldpolitik noch stärker als jemals zuvor eingesetzt, allem voran mit dem Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen. Auch 2022 hielt die Zentralbank anfänglich an ihrem Kurs fest, trotz der höchsten Inflation, die die Eurozone je gesehen hat.

Wie die EZB auf die Inflation reagiert

– die Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat und der Leitzinssatz der EZB, in Prozent



Quellen: Eurostat, EZB.

Anmerkung: Der Leitzinssatz entspricht dem Hauptrefinanzierungszinssatz.

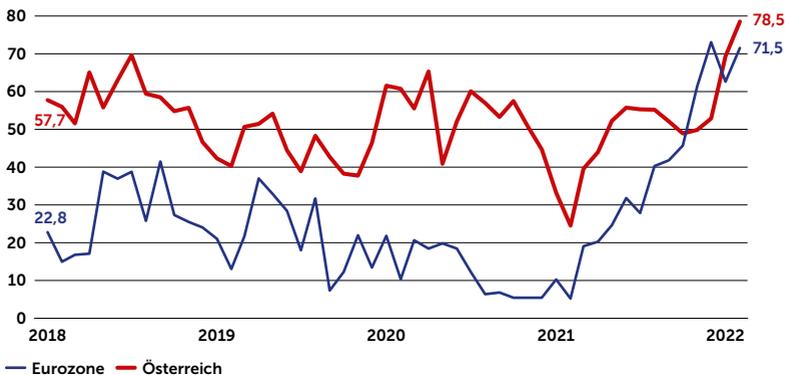
Die Inflation entspricht dem HVPI. Vorläufige Werte für die Inflation im Jänner 2022.

Warum Inflation mehr als nur ein Energieproblem ist

Nicht nur fossile Brennstoffe wie Erdgas und Benzin haben sich im Jahr 2022 stark verteuert. In fast allen Bereichen des täglichen Lebens haben die Preise massiv zugelegt. Beinahe acht von zehn Gütern des gesamten Warenkorbs weisen mittlerweile eine Teuerung von über zwei Prozent auf. So sind in Österreich auch die Preise für neue und gebrauchte Fahrzeuge oder Instandhaltungen und Reparaturen von Wohnungen stark angewachsen. Auch die Lebensmittelpreise haben im Jahr 2022 kräftig angezogen. Die Inflation ist spätestens seit dem Ukraine-Krieg kein temporäres Phänomen mehr. Und es ist kein reines Energieproblem, wie immer wieder zu hören ist. Die Preise steigen auf breiter Front.

Inflation ist längst mehr als nur ein Energieproblem

– Anteil der Produkte im Warenkorb mit Inflationsraten oberhalb des Inflationszieles von zwei Prozent, in Prozent



Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen.

Lesbeispiel: 79 Prozent des Warenkorbs zur österreichischen Inflationsmessung und 72 Prozent des Warenkorbs der Eurozone betragen im Februar 2022 über zwei Prozent.

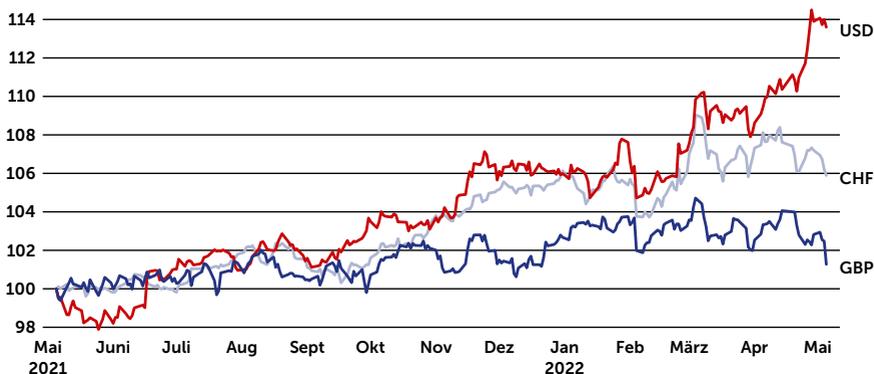
Anmerkung: Für die Berechnung wurden COICOP 3-Steller benutzt.

Der Euro wird immer mehr zur Weichwährung

Die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zeigt Wirkung: Der Euro verliert im Vergleich zu anderen Leitwährungen immer stärker an Wert. In den letzten zwölf Monaten hat insbesondere der Dollar im Vergleich zum Euro um rund 14 Prozent zugelegt. Aber auch das britische Pfund und der Schweizer Franken haben gegenüber dem Euro an Boden gut gemacht. Die Schwäche des Euro ist gerade in diesen Zeiten fatal, vor allem die Schwäche gegenüber dem US-Dollar. Dadurch werden in Dollar notierte Produkte wie Öl oder diverse Rohstoffe für europäische Käufer teurer. Auch die Gaslieferverträge mit Russland lauten zum Teil auf US-Dollar. Wir importieren also Inflation.

Der Euro geht auf Tauchstation

– wie stark andere Währungen gegenüber dem Euro zugelegt haben



Quellen: OeNB, eigene Berechnungen.

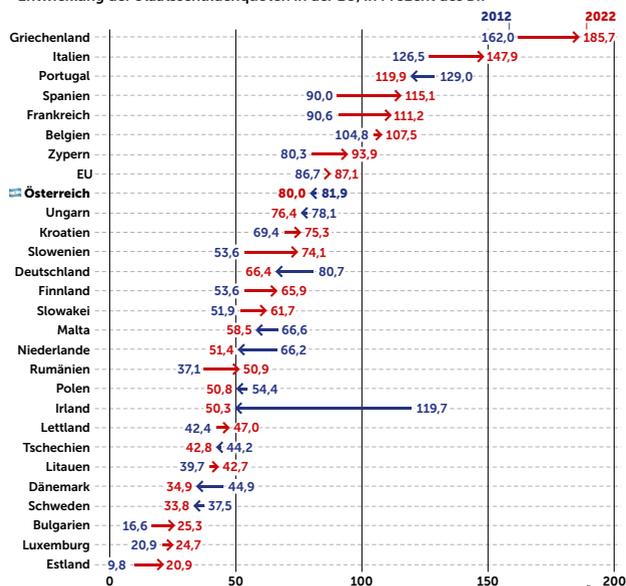
Anmerkung: Darstellung als Index (05.05.2021 = 100). GBP = britisches Pfund, CHF = Schweizer Franken, USD = US-Dollar.

Kommt die nächste Staatsschuldenkrise?

In der gesamten EU liegt die Staatsschuldenquote mittlerweile bei knapp 87 Prozent. Das ist nur unerheblich höher als vor zehn Jahren. Beachtlich sind aber die Unterschiede zwischen den Nationalstaaten. Während Irland, Deutschland und Dänemark ihre Schulden gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung trotz Corona deutlich reduzieren konnten, ging es für andere Länder in die Gegenrichtung, allen voran in Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien. Viele Mitgliedstaaten haben es nicht geschafft, die Schulden in den guten Jahren nach der Krise abzubauen. Angesichts steigender Zinsen für die Staatsanleihen hochverschuldeter südeuropäischer Länder wächst nun die Angst vor einer Rückkehr der Euro-Krise.

Staatsverschuldung in Europa: Die ewigen Sorgenkinder

– Entwicklung der Staatsschuldenquoten in der EU, in Prozent des BIP



Die Preise steigen auf breiter Front

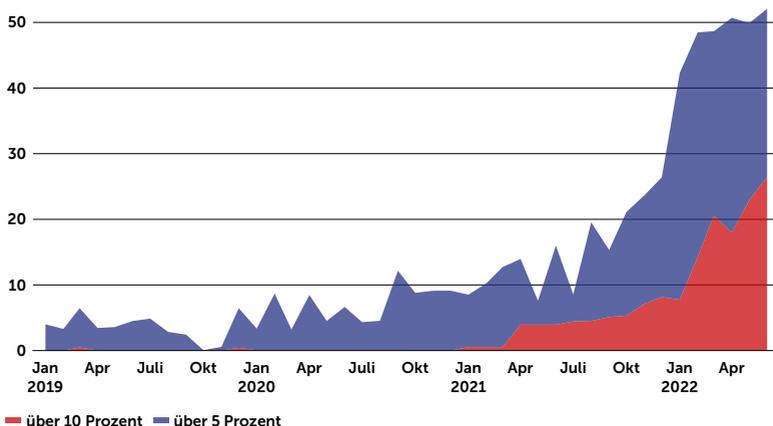
Die Preise steigen und steigen. Nicht nur Strom, Gas und Benzin haben sich in den letzten Monaten stark verteuert. Die Preisanstiege treffen fast alle Bereiche des täglichen Lebens. Jedes vierte Gut hat sich innerhalb eines Jahres um über zehn Prozent verteuert. Besonders stark betroffen ist der wöchentliche Einkauf. Das Preisniveau des sogenannten Mini-Warenkorbs, der neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, lag im Juni 2022 um 18,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Inflation ist im Alltag aller Menschen angekommen. Die Preise von immer mehr Produkten und Dienstleistungen schießen in die Höhe.

Geldpolitik

25. Juli

Viel Arbeit für eine Preiskommission

– Produkte und Dienstleistungen mit Preisanstiegen von über 5 bzw. 10 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, prozentueller Anteil am Warenkorb



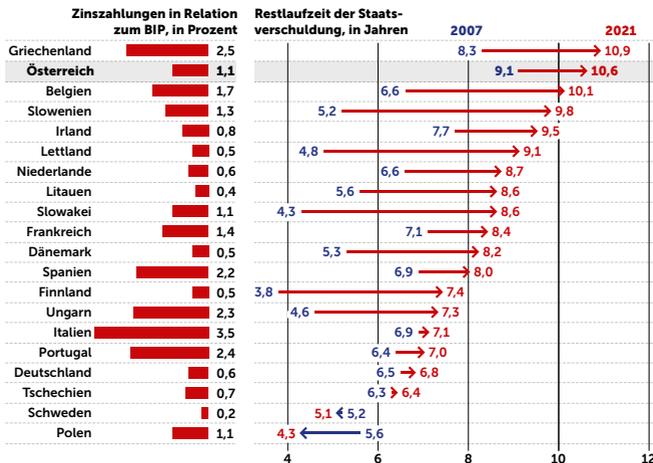
Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.
Anmerkung: VPI COICOP 4-Steller. Vorläufige Werte für Juni 2022.

Löst Italien die nächste Euro-Krise aus?

Mit der hohen Inflation steigen die Zinsen, womit auch die Zeiten kostenloser Staatsschulden vorbei sind. Wie sind die Staaten auf die Zinswende vorbereitet? Besonders Italien ist in einer höchst unangenehmen Lage. Schon vor der Zinswende war die Zinsbelastung mit 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sehr hoch. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone wird mit steigenden Zinsen deutlich stärker unter Druck kommen. Nur unwesentlich besser ist die Lage in Griechenland, Portugal und Spanien, während Österreichs Zinszahlungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit 1,1 Prozent vergleichsweise niedrig sind.

Österreich hat Niedrigzinsphase für langfristig günstige Verschuldung genutzt

– Zinszahlungen auf Staatsschulden im Jahr 2021 und durchschnittliche Restlaufzeit der Staatsverschuldung



Quellen: EU-Kommission, OECD.

Anmerkung: Die Zinszahlungen beziehen sich auf den Gesamtstaat und die Restlaufzeit auf die Schultitel des Zentralstaats.

So treiben die Erzeugerpreise die Inflation

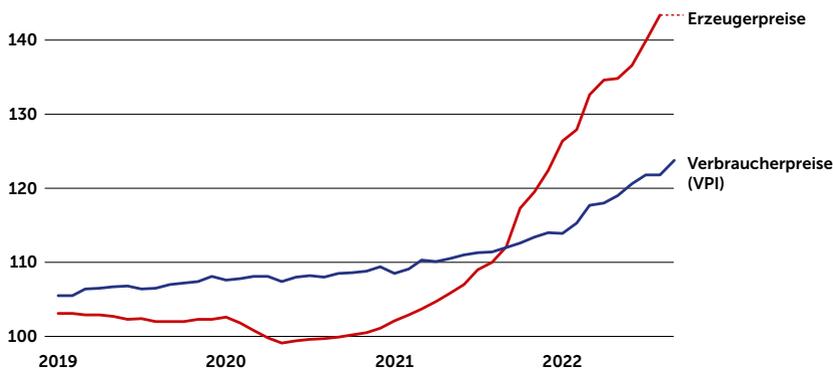
Die Menschen in Österreich müssen für ihre Einkäufe immer tiefer in die Tasche greifen. So sind im September die Verbraucherpreise mit 10,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat so stark gestiegen wie seit 1952 nicht mehr. Insgesamt zahlen die Menschen im Herbst 2022 um fast 24 Prozent mehr für ihre Konsumgüter als noch im Durchschnitt des Jahres 2015. Noch stärker sind im gleichen Zeitraum allerdings die Erzeugerpreise für den Inlandsmarkt gestiegen. Erzeugerpreise sind jene Preise, die Unternehmen ihrerseits für die von ihnen bezogenen Rohstoffe und Erzeugnisse zu bezahlen haben. Sie waren im September um fast 50 Prozent höher als im Durchschnitt des Jahres 2015. Die Erzeugerpreise kennen seit Beginn des Jahres nur eine Richtung: steil nach oben.

Geldpolitik

03. Oktober

Erzeugerpreise erhöhen Inflationsdruck weiter

– Verbraucher- und Erzeugerpreise, Index (2015 = 100)



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Erzeugerpreisindex im produzierenden Bereich (Inlandsmarkt).

Inflation hält sich nicht an die EZB-Prognosen

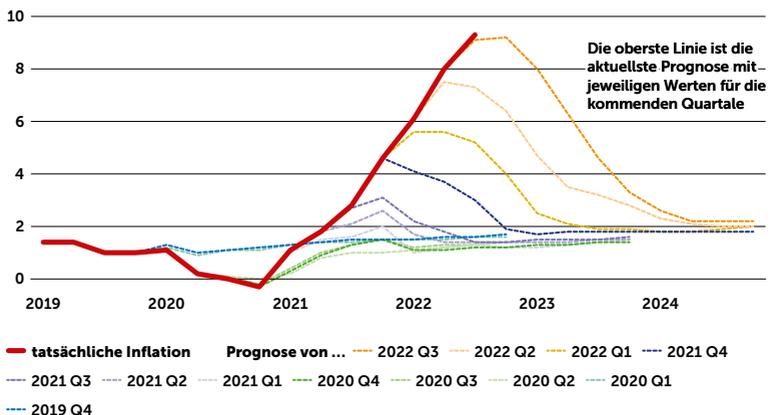
Nicht nur in Österreich lag die Inflation in den vergangenen Monaten bei einem Rekordwert. Auch im Rest der Eurozone eilte sie von einem Hoch zum nächsten. Und das, obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) immer wieder betonte, dass es sich nur um ein vorübergehendes Phänomen handle. Im dritten Quartal 2022 betrug die Teuerung im Euroraum bereits 9,3 Prozent – mehr als je zuvor seit Einführung des Euro. Ebenso immer weiter nach oben geschneit sind die Inflationsprognosen der EZB. Auch das prognostizierte Abebben der Welle wird dabei beständig nach hinten verschoben. Und damit auch das Erreichen des Inflationsziels von zwei Prozent. Die EZB gibt hier keine besonders gute Figur ab, die Sicherung des Geldwertes ist schließlich ihr einziges Mandat.

Geldpolitik

05. Dezember

EZB-Inflationsprognosen hinken der tatsächlichen Inflation hinterher

– EZB-Quartalsprognosen der Inflationsrate für die Eurozone im Vergleich zur tatsächlichen Inflation, in Prozent gegenüber Vorjahr



Quelle: EZB.



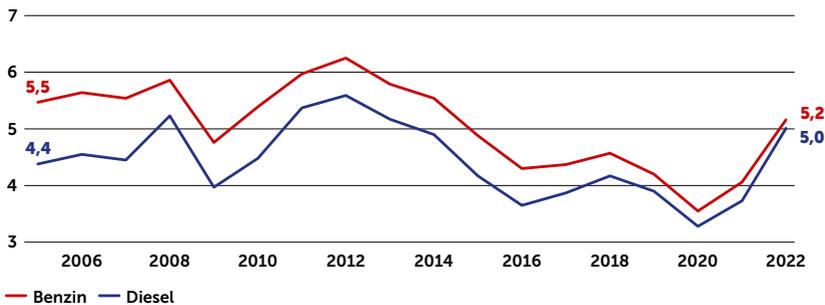
Energie- versorgung

Ist Treibstoff so teuer wie noch nie?

Der russische Überfall auf die Ukraine lässt die Energiepreise rasant steigen. An den Zapfsäulen notierten Benzin und Diesel 2022 erstmals mit über zwei Euro. Die Bürger sind erzürnt, die Politik diskutiert die Einführung von Preisobergrenzen. Klar ist: Treibstoffe sind nominell so teuer wie nie zuvor. In Relation zum Einkommen zeigt sich allerdings ein anderes Bild. Gemessen an den Einkommen waren Treibstoffe schon deutlich teurer als heute. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der Verbrauch durch neue Antriebstechnologien gesunken ist. Statt in politischen Aktionismus zu verfallen und mit der Gießkanne das Geld der Steuerzahler zu verteilen, sollte die Politik einen kühlen Kopf bewahren und lieber zielgerichtet jene Haushalte stützen, die besonders stark betroffen sind.

Wie die Spritpreise die Einkommen belasten

– Anteil am monatlichen Nettoeinkommen pro 1.000 gefahrenen Kilometern, in Prozent



Quellen: Statistik Austria, Europäische Kommission, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Stand 07.03.2022. Verdienst eines durchschnittlichen unselbständig Erwerbstätigen. Jahresdurchschnitte für die Jahre 2005 bis 2021. Für das Einkommen 2021 und 2022 wurden Lohnsteigerungen von 3,6 Prozent unterstellt.

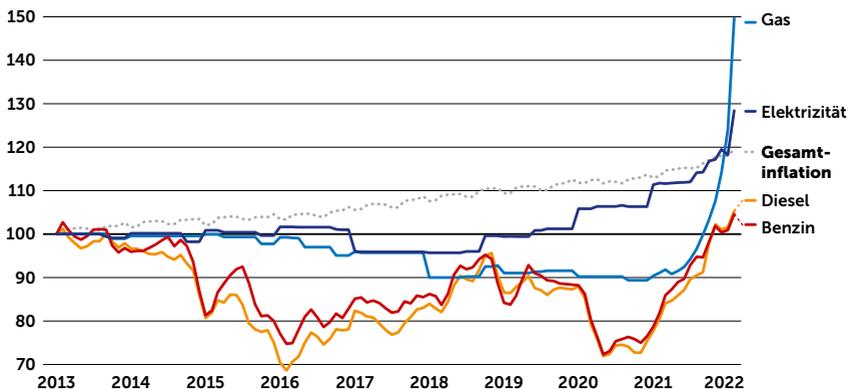
Gas um 50 Prozent teurer als 2013

Gas, Strom, Benzin – die Preise stiegen im Frühjahr 2022 in fast allen Bereichen außergewöhnlich stark. Interessant dabei: Nach den damaligen Höchstständen im Jahr 2012 verbilligten sich die wichtigsten Energieträger wieder, erst 2021 wendete sich das Blatt. Gas war im Februar 2022 nominell um 50 Prozent teurer als zu Beginn des Jahres 2013.

Während bei Benzin und Diesel die Preise aus den Jahren 2012 und 2013 knapp überschritten wurden, verzeichnete Gas aufgrund des Ukraine-Krieges einen dramatischen Anstieg. Anstatt Preisobergrenzen festzulegen, sollte sich die Regierung darauf fokussieren, die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Erreicht werden kann dies durch eine generelle Senkung der exorbitant hohen Steuern auf den Faktor Arbeit und durch eine gezielte finanzielle Unterstützung der einkommensschwachen Teile der Bevölkerung.

Wie sich die Preise für Energie seit 2013 entwickelt haben

– Index (Jänner 2013 = 100)



Wie voll (leer) sind die Gasspeicher? ⁴⁶

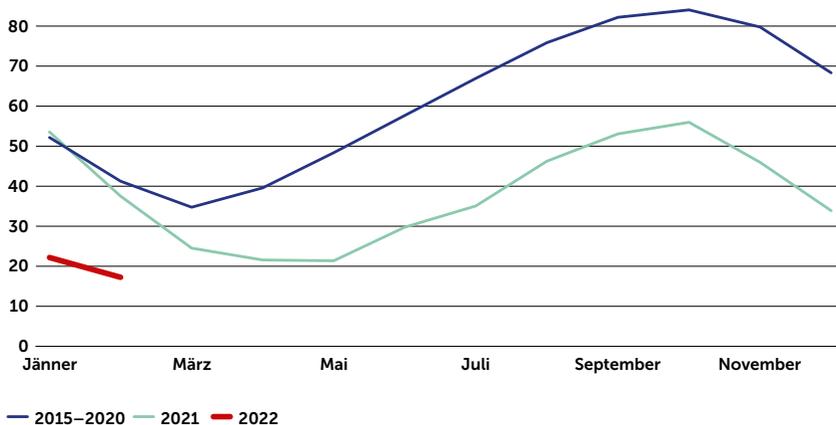
Die Reserven der Gasspeicher in Österreich bewegten sich im Frühjahr 2022 noch auf niedrigem Niveau. Die EU arbeitet daran, die Gasspeicher bis in den Herbst zu füllen. Doch kommt es zu einem Lieferstopp von russischem Gas, dürften das Auffüllen der Lager und die Versorgung in den Wintermonaten ein schwieriges Unterfangen werden. Rund 40 Prozent des Gases, das in Europa verbraucht wird, kommen aus Russland. In Österreich sind es 80 Prozent. Zudem sind die Gasspeicher im Vergleich zu den Vorjahren ziemlich leer, wie eine Auswertung der Agenda Austria zeigt. In den folgenden Monaten wäre die Situation wahrscheinlich für die Privathaushalte noch zu beherrschen, weil die Heizperiode zu Ende geht. Für Unternehmen könnte es aber problematisch werden, warnt der Ökonom Hanno Lorenz von der Agenda Austria. Wenn die Gasspeicher in den nächsten Monaten nicht aufgefüllt werden, wird es in Österreich spätestens im Winter zu wenig Gas geben, um den Verbrauch zu decken.

Energieversorgung

11. April

Gasspeicher in Österreich ungewöhnlich leer

– Anteil an eingespeichertem Gas, in Prozent des Speichervolumens



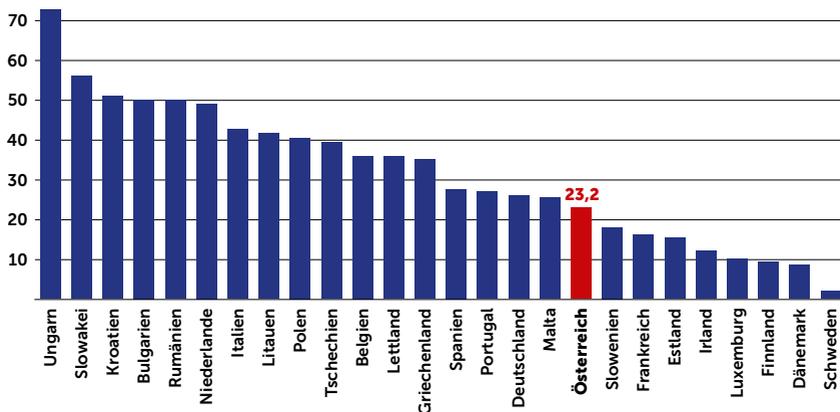
Quellen: E-Control, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Speichervolumen zum Stand Februar 2022.

Wie stark hängen die EU-Länder vom Gas ab?

Innerhalb der EU zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich der Abhängigkeit von Erdgas. Österreich verbraucht je 1.000 Euro Bruttoinlandsprodukt rund 23 Kubikmeter Erdgas. Staaten wie Ungarn oder die Slowakei verbrauchen deutlich mehr. Andere Länder sind aber in den letzten Jahren von Gas unabhängiger geworden. Das gilt vor allem für die skandinavischen Staaten. Im Vergleich zu 2019 – dem letzten Jahr vor der Corona-Krise – haben viele Länder ihre Gasabhängigkeit signifikant reduziert, ganz unabhängig vom Ukraine-Krieg. Gas war im Zuge der Energiewende ohnehin nur noch als Brückentechnologie vorgesehen. Österreichs Bruttoinlandsprodukt hängt jedoch noch genauso stark vom Gas ab wie vor drei Jahren.

Die Gasabhängigkeit im EU-Vergleich

– Gasverbrauch in Kubikmeter je 1.000 Euro Bruttoinlandsprodukt, 2021



Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen.

Lesbeispiel: Österreich verbraucht 23,2 Kubikmeter Erdgas je 1.000 Euro Bruttoinlandsprodukt.

Das dicke Ende ist bereits in Sicht

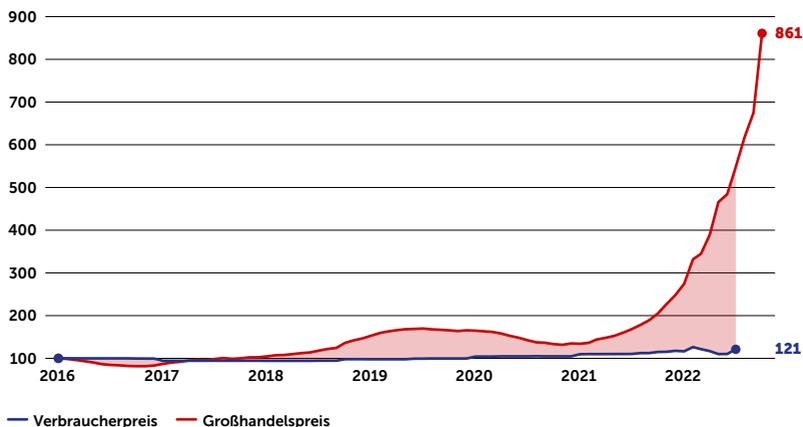
Anfang September 2022 hat die Bundesregierung unter viel Kritik ihre Stromrechnungsbremse im Ministerrat beschlossen. Neben der Gießkannen-Förderung hat sie ein weiteres Problem, das bisher kaum betrachtet wurde: Die Rechnungsbremse kann den deutlichen Anstieg der Stromkosten für die Privatkunden in Österreich nur nach hinten verschieben. Dabei ist der Strompreis für die Haushalte in den vergangenen Jahren sehr konstant geblieben. Ab 2020 bzw. 2021 ist dann etwas Dynamik in die Preise gekommen, sodass die Kunden derzeit knapp ein Fünftel mehr für Strom bezahlen müssen als noch zu Beginn des Jahres 2016. Im gleichen Zeitraum ist der Preis für Großverbraucher deutlich stärker gestiegen, in der jüngsten Vergangenheit regelrecht explodiert. Die Strompreisbremse gilt bis Mitte 2024. Danach bekommen die Kunden keine Förderung mehr.

Energieversorgung

12. September

Verbrauchern steht dickes Ende bei Strompreisen noch bevor

– Verbraucher- und Großhandelspreis, Index (Jänner 2016 = 100)



Quellen: Statistik Austria, Österreichische Energieagentur, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Großhandelspreis auf Basis des termingeschäftsbasierten ÖSPI (Österreichischer Strompreisindex).

Wo der Gasverbrauch in Europa sinkt

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der Abhängigkeit von russischem Gas sind die Energiekosten im Jahr 2022 explodiert. Um dem entgegenzuwirken, soll Gas eingespart werden. Ein Einsparziel von 15 Prozent wurde von der EU-Kommission ausgegeben. Tatsächlich wurde in der EU auch schon 2022 weniger Gas verbraucht als im Schnitt der vergangenen fünf Jahre. So war der Verbrauch zwischen Jänner und Juli um sechs Prozent niedriger als im Durchschnitt des jeweiligen Zeitraums von 2017 bis 2021. Die Gründe für den reduzierten Verbrauch sind vielfältig. Die Witterung Anfang des Jahres war europaweit günstig. Der warme Frühling hat die Heizsaison vielerorts früh beendet. In vielen Ländern hat aber vor allem die Industrie auch wirklich weniger Gas gebraucht als in den Vorjahren. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Ländern ganz erheblich. Österreich liegt nur im hinteren Mittelfeld.

Energieversorgung

17. Oktober

EU-Gasverbrauch rückläufig

	Entwicklung des Gasverbrauchs, in Prozent	Gasverbrauch je 1.000 Euro BIP, in Kubikmeter
Finnland	-45,4	10,8
Lettland	-36,8	46,8
Litauen	-21,9	54,1
Niederlande	-21,1	58,6
Dänemark	-19,0	9,9
Estland	-17,3	19,6
Luxemburg	-17,1	12,8
Schweden	-14,2	2,4
Belgien	-11,8	41,9
Rumänien	-11,3	62,4
Kroatien	-8,9	60,0
Deutschland	-7,5	28,4
Tschechien	-6,3	47,1
EU	-6,2	30,9
Frankreich	-5,8	17,9
Polen	-5,7	42,9
Österreich	-5,1	25,3
Bulgarien	-4,5	62,8
Portugal	-4,1	30,9
Slowenien	-2,6	20,0
Ungarn	-0,4	81,9
Italien	-0,1	43,9
Irland	2,1	15,5
Spanien	6,8	28,6
Malta	8,6	28,6
Slowakei	9,9	55,6
Griechenland	11,7	30,7

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen.

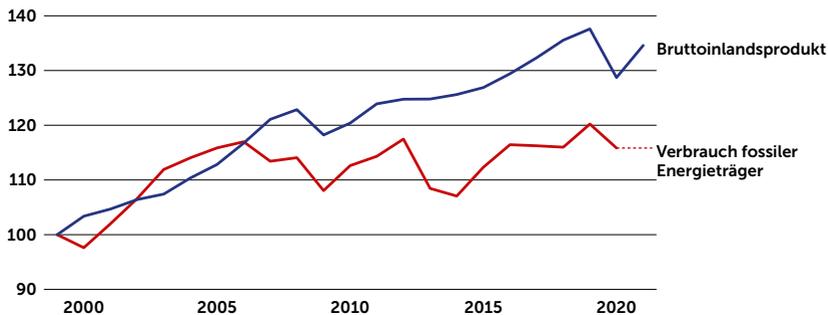
Anmerkung: Entwicklung des Gasverbrauchs von Jänner bis Juli 2022 im Vergleich mit dem Durchschnittsverbrauch des Zeitraums Jänner bis Juli im jeweiligen Jahr von 2017 bis 2021. Durchschnittlicher Gasverbrauch je 1.000 Euro BIP für 2017 bis 2021.

Wirtschaft wächst, fossiler Energieverbrauch stagniert

Bei der UN-Klimakonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh wurde zu Recht betont, dass der bisherige CO₂-Ausstoß zu einem großen Teil durch die Industriestaaten verursacht wurde. Neu aufstrebende Nationen wie China und Indien sind dabei, in diese elitäre Gruppe vorzustoßen. In der Vielzahl dieser negativen Nachrichten zu Klimawandel, Umweltverschmutzung und Treibhausgasen droht allerdings eines völlig unterzugehen: Wir haben es in den letzten 15 Jahren geschafft, unser Wirtschaftswachstum vom Verbrauch fossiler Energieträger zu entkoppeln. So ist das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Österreich von 2004 bis 2019 um 25 Prozent gestiegen, wie eine Berechnung der Agenda Austria zeigt. Im selben Zeitraum hat der Verbrauch fossiler Energieträger aber nur um fünf Prozent zugenommen.

Wirtschaft wächst bei gleichbleibendem fossilen Energieverbrauch

– reales Bruttoinlandsprodukt und Verbrauch fossiler Energieträger, in Indexpunkten (1999 = 100)



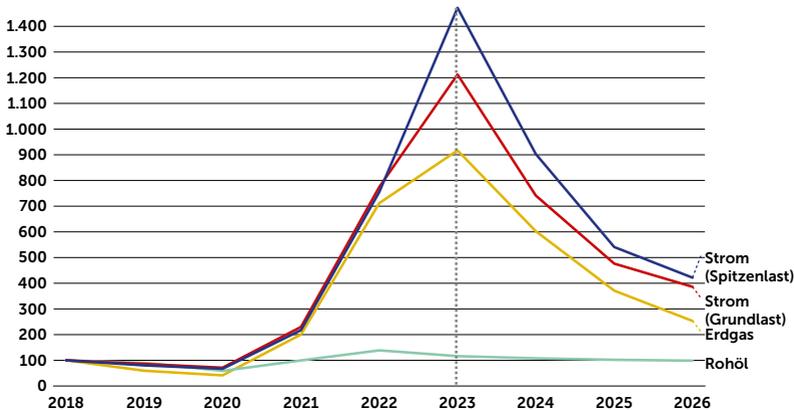
Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Der Verbrauch fossiler Energieträger umfasst die Verwendung von Öl, Gas und Kohle nach der inländischen Energiegesamtrechnung. Die Werte für die Jahre 1999 bis 2007 sind aus der Energiegesamtrechnung für die Jahre 1999 bis 2008. Die Werte für die Jahre 2008 bis 2020 sind aus der Energiegesamtrechnung für die Jahre 2008 bis 2020.

In Europa machte sich in den letzten Wochen des Jahres 2022 ein bisschen Entspannung breit. Nachdem die Gasspeicher bis zum Rand gefüllt wurden und der Winter bis zum Dezember auf sich warten ließ, sanken die Preise für Strom und Gas zunächst. Doch allzu große Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zur Normalität sollte man sich nicht machen. So werden die Preise für Future-Kontrakte auf Strom und Gas für das kommende Jahr einen neuen Höhepunkt erreichen. Denn im März werden die Speicher leer sein und was dann passieren soll, scheint die Märkte zu beunruhigen. Übrigens: Der Verweis des Klimaschutzministeriums, wonach Österreich seine Abhängigkeit von russischem Gas auf 21 Prozent reduziert habe, war nur eine Momentaufnahme im September. Wie man leere Speicher ohne russisches Gas voll bekommt, diese Frage ist damit noch nicht beantwortet.

Der Höhepunkt der Energiekosten ist noch nicht erreicht

– Index der Energiekosten 2018 = 100



Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Indexwerte basierend auf: US-Dollar je Barrel (Brent Rohöl) sowie Euro je MWh (Erdgas Dutch TTF sowie Strom). Bei Grundlastverträgen werden über den Lieferzeitraum hinweg konstante Mengen geliefert. Bei Spitzenlastverträgen erfolgt die Lieferung nur tagsüber, wenn der Verbrauch am höchsten ist.



Budget & Finanzen

Milliardenplus dank Inflation für Brunners Budget

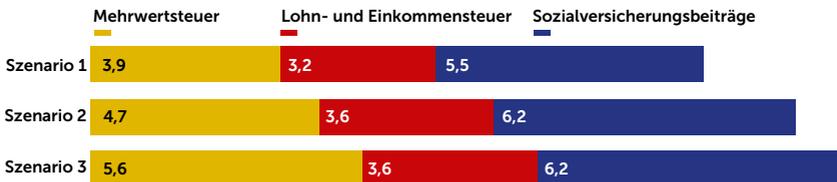
Des einen Leid, des anderen Freud: Während viele Österreicher stark unter den steigenden Preisen leiden, spült die hohe Inflation Finanzminister Magnus Brunner Milliarden ins Budget. Die hohe Inflation bringt dem Staat in den Jahren 2022 und 2023 zwischen 12,6 und 15,4 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Die Einnahmen sowohl aus der Mehrwert-, Lohn- und Einkommensteuer als auch aus den Sozialversicherungsbeiträgen werden kräftig zulegen. Je nachdem, wie hoch die Inflation 2022 noch steigen wird und ob sie sich im kommenden Jahr spürbar abschwächt, kann der Finanzminister mit deutlichen Mehreinnahmen rechnen. Allerdings nehmen mit der Inflation auch die Ausgaben des Staates zu. Aber selbst nach Abzug der automatisch steigenden Ausgaben bleibt der Republik am Ende ein milliardenhohes Plus übrig.

Budget & Finanzen

10. Oktober

Staatliche Mehreinnahmen durch die hohe Inflation

– Zusatzeinnahmen durch Mehrwert-, Lohn- und Einkommensteuer sowie Sozialversicherungsbeiträge 2022 und 2023, in Milliarden Euro



Quellen: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen.

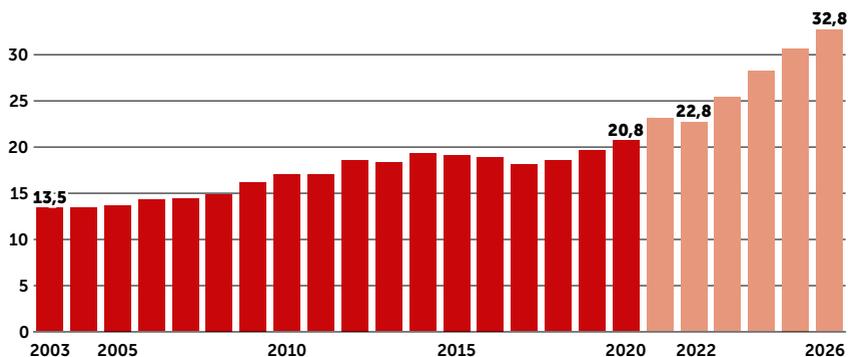
Anmerkung: In Szenario 1 wurde eine Inflationsrate von 7,5 Prozent im Jahr 2022 und 5,0 Prozent 2023 unterstellt. In Szenario 2 betragen diese Inflationsraten 8,5 und 6,5 Prozent, in Szenario 3 jeweils 8,5 und 9,0 Prozent.

Das 140 Milliarden große Pensionsloch

Österreichs Steuerzahler werden immer stärker zur Kasse gebeten, um das klaffende Loch im staatlichen Pensionssystem zu stopfen. Die Differenz zwischen den Auszahlungen an die Pensionisten und den Einzahlungen der Aktiven wächst von Jahr zu Jahr. Bis 2026 wird das Defizit im staatlichen Pensionssystem auf fast 33 Milliarden Euro ansteigen. Das ist fast eine Verdoppelung innerhalb von 15 Jahren. Der Grund für die hohen Defizite: Wir gehen noch immer so früh in Pension wie vor 50 Jahren, obwohl die Lebenserwartung zu Pensionsantritt seither um mehr als sieben Jahre zugenommen hat. Allein von 2022 bis 2026 werden in Summe rund 140 Milliarden Euro aus dem Budget ins Pensionssystem zugeschossen werden müssen.

So hoch sind die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem

– die Pensionskosten im Budget, in Milliarden Euro



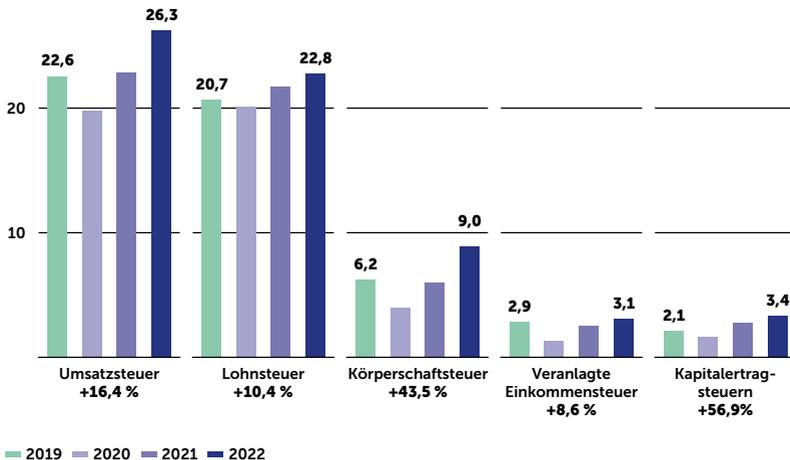
Quelle: BMF.

Anmerkung: Bei den Zuschüssen zu den Pensionen sind der Bundeszuschuss zu den ASVG-Pensionen und die Pensionen der Beamten inkludiert. Die Werte ab 2021 sind Prognosewerte.

Während viele Menschen in Österreich wegen der stark steigenden Preise jeden Euro zweimal umdrehen müssen, kann sich Finanzminister Magnus Brunner 2022 wohl erneut über Rekordeinnahmen freuen. Im dritten Quartal lagen die Steuereinnahmen bei 76,1 Milliarden Euro, das sind 11,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Besonders kräftig fiel das Plus bei der Umsatzsteuer aus, die gegenüber dem Vorjahresquartal um 3,4 Milliarden Euro oder knapp 15 Prozent zulegen konnte, wie eine Auswertung der Agenda Austria zeigt. Die Lohnsteuer konnte im Vergleich zu 2021 ebenfalls deutliche Mehreinnahmen verbuchen. Der prozentuale Anstieg war bei der Körperschaftsteuer mit 48,6 Prozent am kräftigsten in der Gruppe der aufkommenstarken Steuern. Auch wenn noch eine leichte Rezession eintreten wird, wie jüngst prognostiziert, wird wohl das nächste Allzeithoch bei den Steuereinnahmen noch im Jahr 2022 erreicht werden. Einer der Gründe dafür ist nicht zuletzt die hohe Inflation. Egal ob Strom, Benzin oder Lebensmittel: Überall steigen die Preise und auch an den Staat muss immer mehr abgegeben werden.

Steuereinnahmen weiterhin hoch

– Einnahmen in den ersten drei Quartalen des jeweiligen Jahres (in Milliarden Euro) und die prozentuelle Veränderung zwischen 2019 und 2022





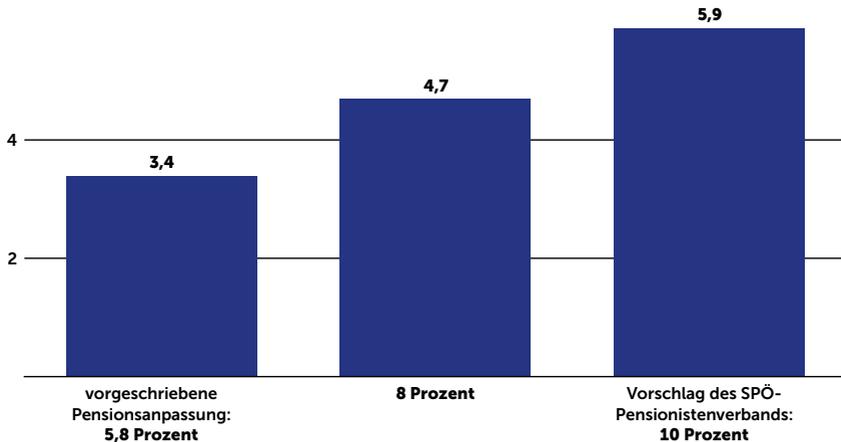
Pensionen & Sozialstaat

Wie die Pensionserhöhung das Budget belastet

Während die Politik noch über die Höhe der Pensionserhöhung diskutiert, steht eines bereits fest: Es wird teuer. Werden die heimischen Pensionen für das kommende Jahr 2023 wie vom Gesetz vorgesehen mit 5,8 Prozent erhöht, ergibt das Mehrkosten für den Staat in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Werden die Pensionen um zehn Prozent angehoben, ergeben sich Kosten von 5,9 Milliarden Euro – und das jedes Jahr.

Was die Pensionserhöhung den Staat kosten würde

– Kosten der anstehenden Pensionserhöhung, in Milliarden Euro

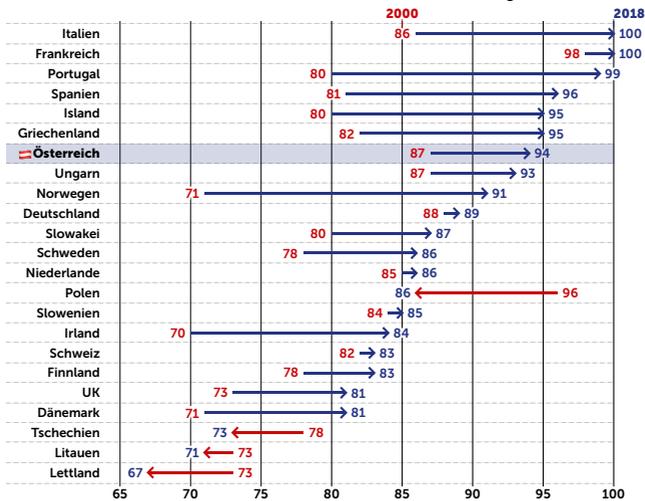


Pensionen besonders schnell gestiegen

Die Einkommensentwicklung der Pensionisten fiel seit Beginn des Jahrtausends besser aus als die in der Bevölkerung insgesamt. Lag das verfügbare Einkommen der Menschen über 65 Jahre im Jahr 2000 noch bei 87 Prozent des Durchschnitts in Österreich, so waren es 2018 bereits 94 Prozent. Es ist keineswegs so, dass es unter den Pensionisten nur verarmte Menschen gäbe. Dabei liegt die Armutsgefährdungsquote in Österreich unter den Pensionisten nicht höher als in der Gesamtbevölkerung. Statt höhere Pensionen zu zahlen, sollte die Regierung lieber die Anreize erhöhen, dass die Menschen länger arbeiten. Neben einer Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters etwa dadurch, dass jene, die das Pensionsalter erreicht haben, für einige Jahre zu stark reduzierten Steuern und Sozialabgaben weiterarbeiten dürfen.

Einkommen der Pensionisten steigt schneller als das in der Gesamtbevölkerung

– das durchschnittliche verfügbare Einkommen der über 65-Jährigen, in Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Gesamtbevölkerung



Quelle: OECD.

Anmerkung: Die äquivalisierten Haushaltseinkommen beinhalten Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung, Selbständigkeit und Sozialtransfers.

The background features a central horizontal line. Above and below this line are several large, overlapping triangles in various colors: dark blue, light green, red, purple, and pink. The triangles are arranged in a way that they appear to be pointing towards or away from the center.

Arbeitsmarkt & Einkommen

Erstmals mehr offene Lehrstellen als Suchende

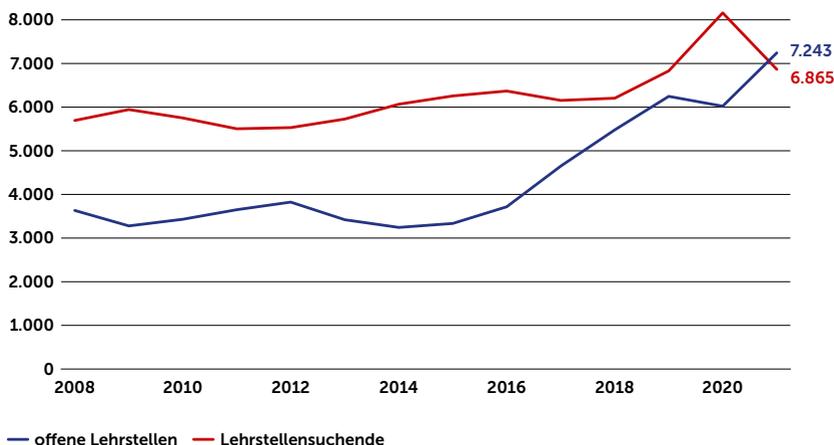
Die Situation bei den Auszubildenden am Arbeitsmarkt spitzt sich zu. Seit Ausbruch der Pandemie scheinen viele Jugendliche die Lust auf eine Lehre verloren zu haben, während die Unternehmen mehr denn je nach jungen Kräften suchen. So übertraf im Jahr 2021 erstmals die Zahl der offenen Lehrstellen die der Suchenden. Gab es im Jahr 2008 noch rund 2.000 mehr offene Lehrstellen als Suchende, so hat sich dieses Verhältnis seither umgedreht. Auch bei den offenen Stellen ist eine Trendumkehr zu verzeichnen, sie haben ebenfalls einen Rekordwert erreicht. Die regionalen Unterschiede sind ebenfalls groß. Während 2021 in Wien auf eine Lehrstelle mehr als sechs Lehrstellensuchende kamen, gab es in Salzburg umgekehrt vier offene Lehrstellen für einen Suchenden. Das insgesamt gestiegene Angebot an offenen Stellen ist hingegen ein Zeichen dafür, dass sich die Konjunktur und die Arbeitsmarktlage langsam erholen.

Arbeitsmarkt & Einkommen

28. Februar

Erstmals mehr offene Lehrstellen als Bewerber

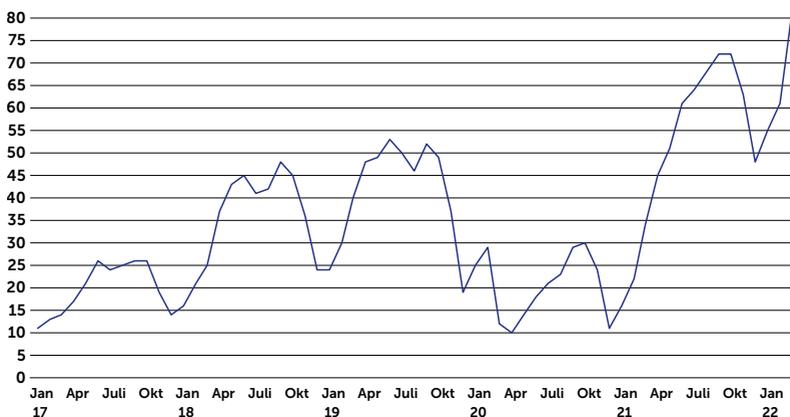
– Anzahl der Personen



Der Mangel an Arbeitskräften betrifft nicht alle Branchen gleich. Große Probleme erwartet vor allem der produzierende Bereich, also die Industrie. Entfielen im Jahr 2011 von den offenen Stellen noch rund 18 Prozent auf diesen Sektor, waren es zehn Jahre später bereits knapp 28 Prozent. Mit fast 60 Prozent befanden sich im Jahr 2021 die meisten offenen Stellen im Dienstleistungssektor. Aber auch insgesamt steigt die Zahl der Berufe, für die es zu wenig qualifizierte Bewerber gibt. Bereits vor Corona hatten sich die Schwierigkeiten wegen der guten Konjunktur abgezeichnet. Die Pandemie hat die Situation noch verschärft. Im März 2022 standen 80 Berufe auf der Mangelliste, zwei Jahre zuvor waren es nur halb so viele. Auch die Zahl der Stellen, die nicht besetzt werden können, steigt in diesen Branchen. Von insgesamt 124.000 offenen Stellen im März entfielen fast 52.000 auf Mangelberufe. Das sind rund 30.000 mehr als vor drei Jahren.

Anstieg der Mangelberufe

– Anzahl der Berufe, die als Mangelberuf gelten



Quellen: Sonderauswertung des AMS, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Ein Mangelberuf ist dann gegeben, wenn das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen unterhalb von 1,5 liegt. Berücksichtigt werden nur Berufe, wo mindestens 100 Stellen ausgeschrieben sind. Berufsklassifikation auf vier Stellen genau.

Im März 2022 stieg die Anzahl der Mangelberufe stark an. Im Frühjahr des Jahres gab es 80 Berufsfelder, in denen fieberhaft nach Beschäftigten gesucht wird. Sie reichen vom Elektroinstallateur über den Bautischler und Dreher bis zum Koch. Eine Berechnung der Agenda Austria, die auf einer exklusiven AMS-Sonderauswertung basiert, zeigt, in welchen Berufen ein besonders großer Mangel an Mitarbeitern herrscht. Im Gastgewerbe gibt es zig offene Stellen und viele Jobsuchende, allerdings oftmals nicht im gleichen Bundesland. Dieses Problem ließe sich durch Anreize wie Übersiedelungshilfen und den temporären Verzicht auf Lohnsteuern reduzieren. Deutlich schwieriger ist es beispielsweise bei Elektroinstallateuren, Krankenpflegern oder Tischlern. Denn hier gibt es überhaupt zu wenige Menschen, die diese Stellen besetzen könnten.

Mangelberufe: Wo Arbeitnehmer besonders gefragt sind

– Anzahl der offenen Stellen und Arbeitssuchende im März 2022, nach Berufen

	offene Stellen	Arbeitslose
Gaststättenkoch	4.012	4.818
Elektroinstallateur	3.835	1.828
Händler & Verkäufer Lebens- und Genussmittel	3.572	3.576
Dipl. Krankenpfleger	1.904	834
Rohrinstallateur	1.792	1.049
Buchhalter	1.208	1.208
Bau- und Möbeltischler	1.172	785
Kfz-Mechaniker	1.142	1.124
Dreher	1.034	374

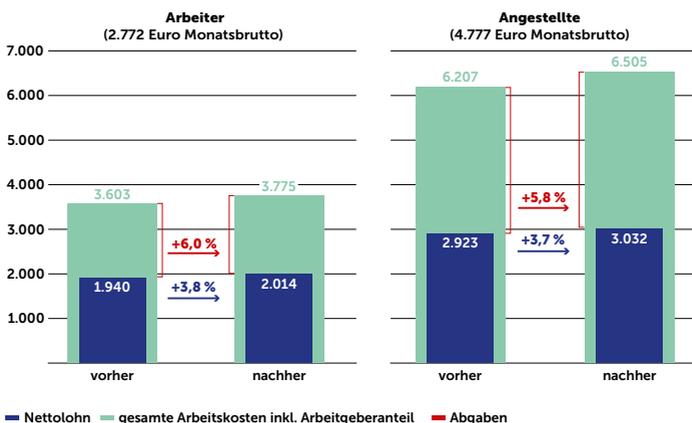
Quellen: Sonderauswertung des AMS, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Mangelberufe mit den meisten offenen Stellen. Ein Mangelberuf ist dann gegeben, wenn das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen unterhalb von 1,5 liegt. Berufsklassifikation auf vier Stellen genau. Ausgenommen sonstige Berufsgruppen.

Wie der Staat von Lohnerhöhungen profitiert

Im Mai 2022 haben große Branchen beachtliche Lohnsteigerungen ausgehandelt. So gab es in der Elektro- und Elektronikindustrie eine Einigung in den Kollektivvertragsverhandlungen: Die Ist-Gehälter bzw. -Löhne steigen um 4,8 Prozent. Doch der Staat kassiert davon gleich wieder einiges ab. Es bleibt zu wenig Netto vom Brutto. Ein durchschnittlicher vollzeitbeschäftigter Arbeiter (Monatsbezug bisher 2.772 Euro brutto) verdient statt 1.940 Euro nun 2.014 Euro netto. Aus den 4,8 Prozent wird somit nur ein Plus von 3,8 Prozent, das ist ungefähr die Abdeckung der Inflationsrate des Jahres 2021. Die Abgaben auf die Arbeit steigen aber um sechs Prozent. Es gibt also vor allem einen Gewinner: den Staat.

Wie der Staat von den Lohnerhöhungen in der Elektroindustrie profitiert

– die Ist-Löhne und -Gehälter in der Elektroindustrie steigen rückwirkend ab 1. Mai um 4,8 Prozent, Arbeitskosten in Euro

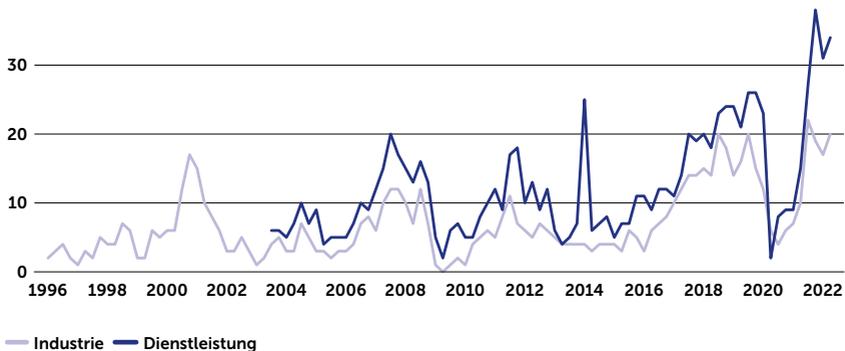


Österreich wird zur Arbeitskräftemangelwirtschaft

Gasthäuser, die zusperren. Betriebe, die Aufträge ablehnen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlen. Neben Corona, Ukraine-Krieg, Lieferkettenproblemen, Materialknappheit und hoher Inflation macht den Unternehmen die Suche nach Arbeitskräften immer mehr zu schaffen. Schon seit Jahren wird der Fachkräftemangel beklagt. Eine Analyse von Daten der EU-Kommission durch die Agenda Austria zeigt, dass in Österreich bereits jedes dritte Dienstleistungsunternehmen und jedes fünfte Industrieunternehmen nicht genügend Personal findet. Dadurch werden diese Betriebe in ihrer Geschäftstätigkeit behindert. Mittlerweile erleben wir in Österreich also nicht mehr nur einen Fachkräftemangel, sondern einen Arbeitskräftemangel.

Arbeitskräftemangel in Österreich

– Anteil der Unternehmen, deren Produktion durch Arbeitskräftemangel beeinträchtigt ist, in Prozent

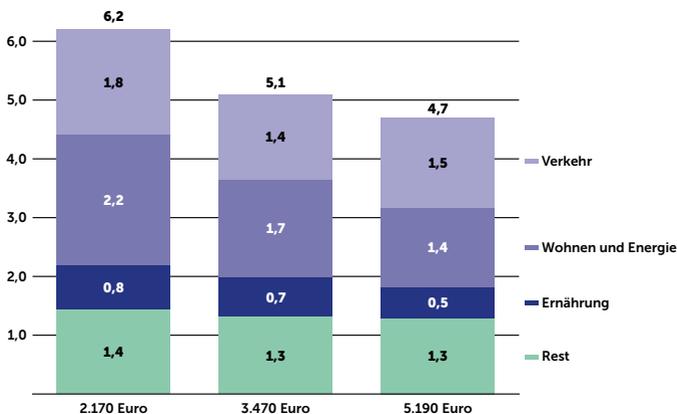


Wen die Inflation wie stark trifft

Wenn die Preise steigen, sind zwar alle betroffen. Aber die Folgen sind nicht für alle gleich. Es kommt auf das Einkommen an. Wie unterschiedlich sich Preissteigerungen auf die Haushalte auswirken, zeigt eine Berechnung der Agenda Austria. Ärmere Haushalte sind wenig überraschend stärker von der Inflation betroffen. So verliert ein Haushalt, der über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.170 Euro verfügt, mehr als sechs Prozent seines Einkommens an die Teuerung aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Das entspricht mehr als 130 Euro im Monat. Besonders die gestiegenen Energiekosten belasten das Einkommen.

So viel verlieren die Österreicher durch die Inflation

– Verlust durch die Inflation, Anteil am jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen, in Prozent



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Lesebeispiel: Wenn ein Haushalt über ein Nettoeinkommen von 2.170 Euro verfügt, hat er von Jänner bis Mai 2022 durchschnittlich 6,2 Prozent seines Haushaltseinkommens im Monat an die Inflation verloren.

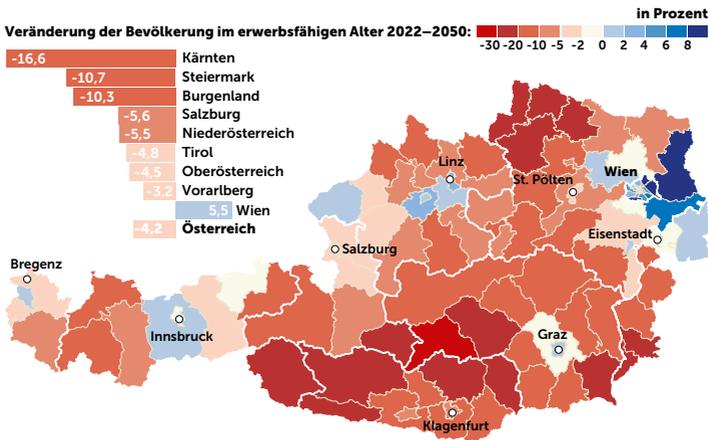
Anmerkung: Zusätzliche Median-Haushaltsausgaben aufgrund der durchschnittlichen Inflation von Jänner bis Mai 2022 (6,5 Prozent) in Prozent des jeweiligen Haushaltsnettoeinkommens. Ernährung inkludiert alkoholfreie Getränke.

Der Arbeitskräftemangel steht erst am Anfang

Durch den demografischen Wandel wird sich die Arbeitskräftesituation in den kommenden Jahrzehnten weiter verschärfen. Schon heute fehlt allerorts und über alle Branchen hinweg Personal. Insgesamt sind über 100.000 Stellen offen. Die Tourismusbranche fürchtete zu Beginn des Sommers, dass dieser Umstand die erste gute Saison seit drei Jahren verhaseln könnte. Doch Besserung ist langfristig nicht in Sicht. Bis 2050 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in fast allen Regionen Österreichs kräftig zurückgehen, in Kärnten und in der Steiermark um über zehn Prozent. Nur im Umland der Großstädte wird die Bevölkerungszahl zwischen 20 und 64 Jahren noch etwas zunehmen. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Arbeitskräftepotenzials sind also dringend gefragt.

Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel fast überall verstärken

– Bevölkerungsprognose 2022–2050 für Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren, Veränderung in Prozent

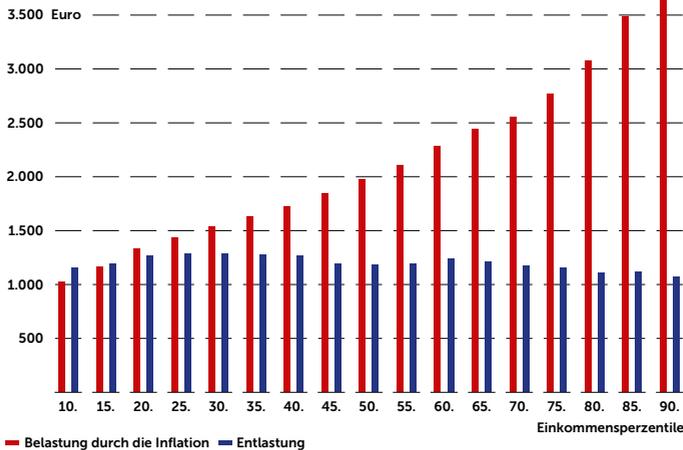


Wie stark federt der Staat die Inflation ab?

Nahezu täglich werden Rufe nach neuen Hilfen gegen die stark steigenden Preise laut. Übersehen wird dabei, dass die Bundesregierung für das Jahr 2022 bereits Antiteuerungspakete im Ausmaß von 4,7 Milliarden Euro beschlossen hat. Damit werden alle Haushalte in Österreich entlastet. 90 Prozent der Haushalte bekommen mehr als 1.000 Euro an staatlicher Unterstützung durch die drei Hilfspakete. Für die unteren Einkommen (die einkommensschwächsten 15 Prozent) übersteigt die Entlastung derzeit den Anstieg der Konsumausgaben aufgrund der Inflation.

Wie Inflation und Hilfsprogramme wirken

– nach äquivalisiertem Haushaltseinkommen (Einkommensperzentile), in Euro



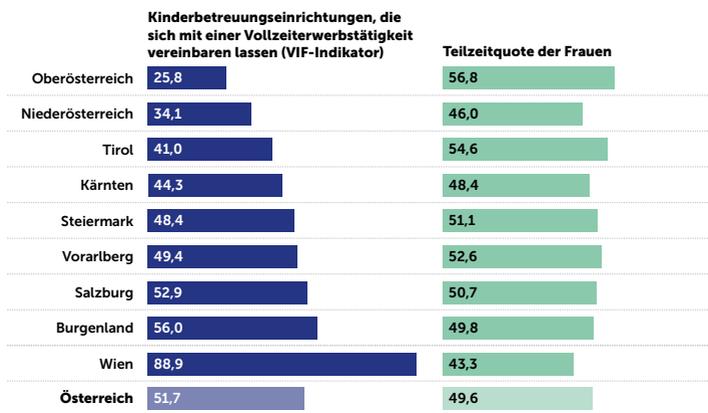
Quellen: Statistik Austria (Konsumerhebung 2019/2020), Fiskalrat, WIFO, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Unter der Annahme einer Jahresinflation von 8,3 Prozent.
Antiteuerungspakete I, II und III sowie Stromkostenbremse für Dezember 2022.

Wenig Kinderbetreuung, viel Teilzeit?

Österreich zählt im internationalen Vergleich zu jenen Ländern, in denen Frauen besonders oft Teilzeit arbeiten. Begründet wird das immer wieder mit den fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Tatsächlich gibt es innerhalb Österreichs gravierende Unterschiede. Oberösterreich und Wien bilden hier die Gegenpole: Während in der Hauptstadt fast neun von zehn der betreuten Kinder in einer Einrichtung versorgt werden, die Beruf und Familie vereinbaren lässt, trifft das in Oberösterreich nur auf jedes vierte Kind zu. Das schlägt sich auch in der Teilzeitquote von Frauen nieder. In Wien liegt sie deutlich unter dem Bundesschnitt, in Oberösterreich ist sie am höchsten. Überraschend ist, dass die Teilzeitquote in Wien angesichts des gut ausgebauten Angebots nicht noch weitaus mehr vom Bundesschnitt entfernt ist.

Kinderbetreuung und Teilzeitquote in Österreich

– Anteile in Prozent



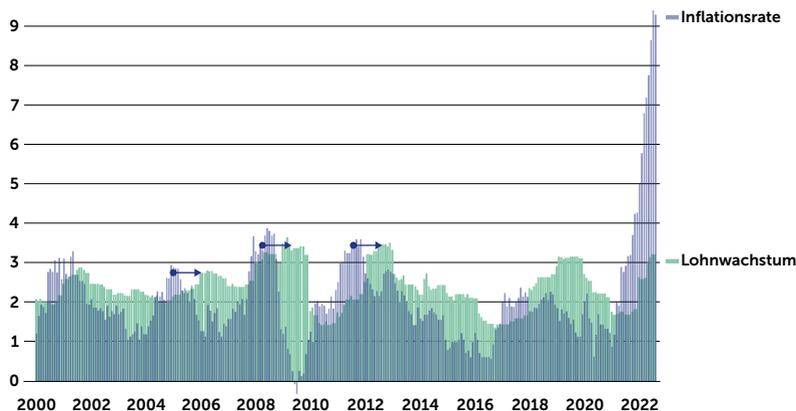
Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Kinderbetreuung für Kinder zwischen null und fünf Jahren in Einrichtungen mit Vereinbarkeit für Familie und Beruf (VIF-Indikator): jeweils mindestens 47 Wochen pro Jahr, 45 Stunden wöchentlich, werktags von Montag bis Freitag, an vier Tagen wöchentlich 9,5 Stunden; mit Angebot von Mittagessen. Schuljahr 2021/22 sowie Teilzeitquote des Jahres 2021.

Für die Herbstlohnrunde hatten die Gewerkschaften hohe Forderungen im Gepäck. Als Verhandlungsgrundlage gilt traditionell die durchschnittliche Inflationsrate der letzten zwölf Monate, diese lag im Herbst 2022 bei über sechs Prozent. In der Vergangenheit wurde in Österreich immer mit etwa einjähriger Verzögerung die Teuerung ausgeglichen, wie eine Auswertung der Agenda Austria zeigt. Die Furcht vor einer Lohn-Preis-Spirale ist groß. Dieses Phänomen hatte nach der Ölpreiskrise der 1970er-Jahre dafür gesorgt, dass die Preise die Löhne und die Löhne wiederum die Preise nach oben trieben. Selbst dann noch, als die Ölpreise schon aufgehört hatten zu steigen. Eine Situation, die sich wiederholen könnte.

Löhne reagieren auf die Inflation der Vergangenheit

– Nominallohn- und Preisentwicklung in Österreich, jeweils in Prozent zum Vorjahresmonat



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

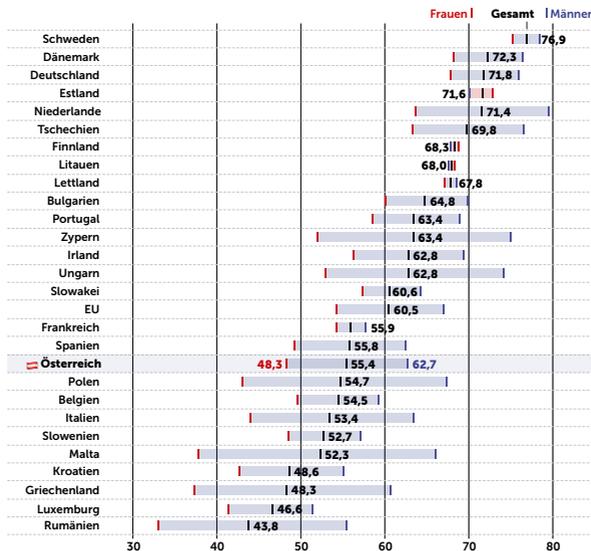
Anmerkung: Die Löhne reagieren auf die Inflation des vergangenen Jahres. Auf höhere Inflationsraten – z.B. 2005, 2008 oder 2011 – folgen meist etwa ein Jahr später stärkere Lohnerhöhungen.

Arbeiten wie die (alten) Schweden

In Österreich sind zwar immer mehr Personen über 55 Jahre in Beschäftigung, dennoch liegt die Republik weiter deutlich unter dem EU-Schnitt. Unangefochtener Spitzenreiter ist Schweden. Während dort fast 77 Prozent der 55- bis 64-Jährigen arbeiten, sind es in Österreich gerade einmal 55 Prozent. Das hängt auch mit dem Pensionsantrittsalter für Frauen zusammen, das hierzulande mit 60 Jahren europaweit zu den niedrigsten gehört und erst ab 2024 langsam angehoben wird. Zudem sind die steuerlichen Arbeitsanreize in Schweden deutlich höher als in Österreich. Würden heimische Arbeitnehmer so besteuert wie ihre schwedischen Kollegen, blieben Durchschnittsverdienern rund 250 Euro netto mehr – pro Monat. Oder 3.000 Euro im Jahr.

Erwerbstätigkeit Älterer in der EU

– Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen im EU-Vergleich im Jahr 2021, in Prozent

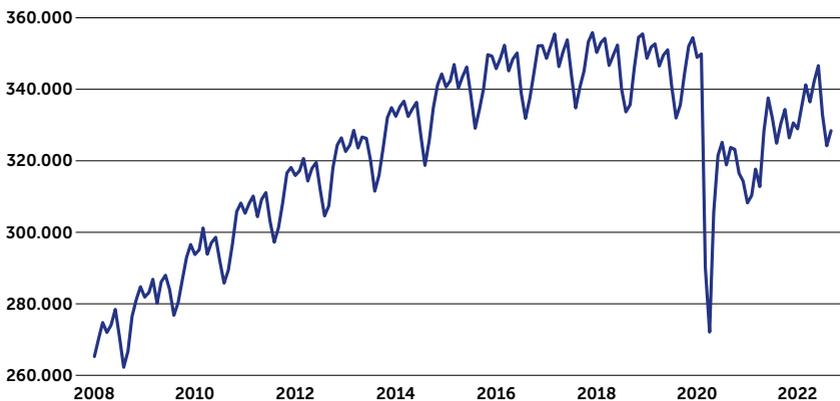


Österreich, das Land der geringfügig Beschäftigten

Überaus stark zugenommen haben in Österreich in den vergangenen fünfzehn Jahren geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Waren im Jahr 2008 noch knapp mehr als 250.000 geringfügig Beschäftigte registriert, so zählte Österreich im September 2022 schon fast 330.000 Einträge. Der Aufwärtstrend bei geringfügigen Stellen hat mit dem Abklingen der Corona-Pandemie wieder an Fahrt aufgenommen. Die Geringfügigkeitsgrenze liegt derzeit bei 485,85 Euro pro Monat (14-mal), das entspricht 6.801,90 Euro pro Jahr. Verdient jemand aber nur um einen Cent mehr pro Jahr, werden Abgaben fällig. Dann landen am Ende des Jahres nur mehr 5.783 Euro – also um mehr als 1.000 Euro weniger – auf dem Konto. Das Signal an Arbeitssuchende ist klar: Wer unter der Geringfügigkeitsgrenze bleibt, steigt finanziell besser aus.

Geringfügig Beschäftigte in Österreich

– Anzahl der Personen

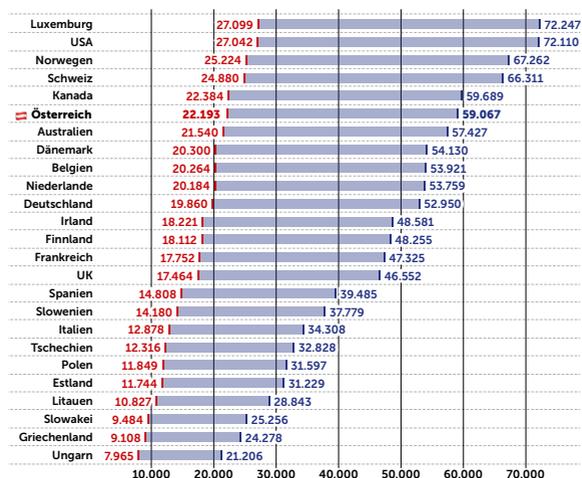


Heute scheint die Mittelschicht bedrohter denn je. Die davongaloppierenden Preise machen auch vor dem Mittelstand nicht halt. Doch es gibt auch eine erfreuliche Nachricht: Einerseits ist die Mitte in Österreich besonders breit. Im Gegensatz dazu umfasst die Mittelschicht im Vereinigten Königreich, in Italien, Deutschland oder in der Schweiz eine deutlich kleinere Gruppe. Andererseits ist sie auch vergleichsweise wohlhabend. So zählt ein Single in Österreich erst ab einem verfügbaren Einkommen von rund 22.200 Euro im Jahr zur Mittelschicht, wie eine aktuelle Studie der Agenda Austria zeigt.

Nur in fünf anderen OECD-Staaten ist die Mittelschicht (korrigiert um die unterschiedlichen Preise und Konsummöglichkeiten in den einzelnen Ländern) noch einkommensstärker, also „reicher“ als in Österreich.

Ab welchem Einkommen gehöre ich zur Mittelschicht?

– Jahresnettoeinkommen 2019, in Euro



Quelle: LIS Cross-National Data Centre, OECD, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Äquivalisiertes verfügbares (nach Steuern und Transfers) Haushaltseinkommen, inflationsbereinigt. Zur Mittelschicht gehören Menschen mit einem Einkommen zwischen 75 und 200 Prozent des Medianeinkommens.



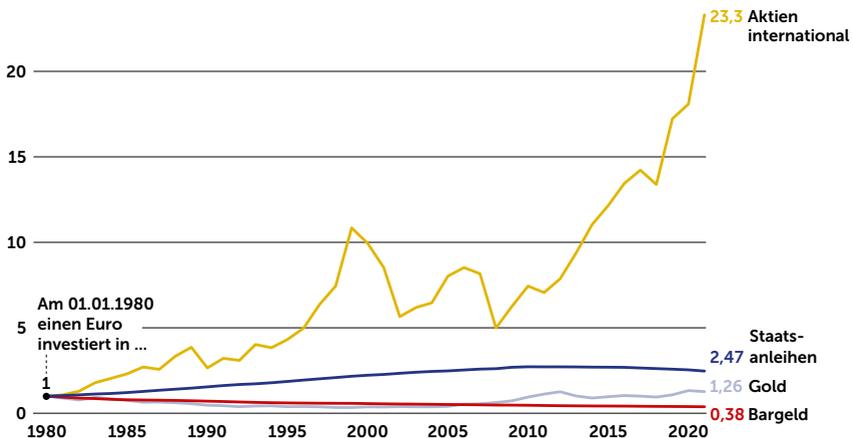
Finanzen & Geldanlage

Was aus einem Euro seit 1980 geworden ist

Die Inflation erreichte zu Jahresbeginn ungeahnte Höhen. Als Sparer ist man der Teuerung schonungslos ausgeliefert. Am Sparbuch gibt es schon seit Jahren keine Zinsen mehr. Durch die Inflation verliert man real sogar Geld. Was aus einem Euro wurde, der 1980 investiert wurde, zeigt eine Berechnung der Agenda Austria. So ist ein Euro am internationalen Aktienmarkt heute über 20-mal mehr wert. Gold und Staatsanleihen legten knapp zu, bei Bargeld ging es aufgrund der Inflation mit dem Wert bergab. Für den Kleinanleger ist langfristiges Anlegen die beste Strategie. Trotz zahlreicher Talfahrten an den Aktienmärkten ist den Berechnungen zufolge die Wahrscheinlichkeit historisch hoch, die Inflation zu schlagen.

Was aus einem Euro geworden ist

– Wert einer Anlage seit 1980, in Euro, real

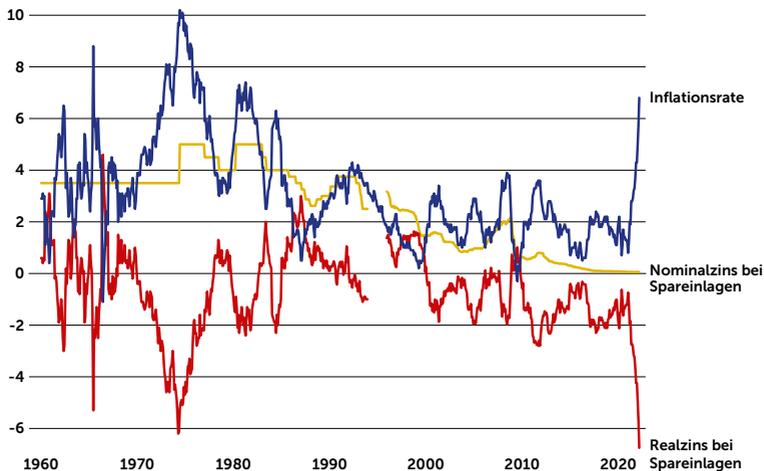


Sparer verlieren 6,2 Milliarden Euro im Jahr

Auf Sparbüchern schmilzt das Vermögen schon seit Jahrzehnten dahin. Jedoch ist der Realzins, also der Zins am Sparbuch abzüglich der Inflationsrate, so negativ wie schon lange nicht mehr. Im März 2022 lag der Realzins bei minus 6,7 Prozent. Das Niedrigzinsumfeld gepaart mit der hohen Inflation ist und war Gift für die Österreicher, die noch immer Milliarden auf ihren Sparbüchern bunkern. Bleibt das so, verlieren die Bürger dieses Landes auf ihren Sparkonten 6,2 Milliarden Euro im Jahr. Auf den Konten belaufen sich die Verluste auf 13,6 Milliarden Euro im Jahr. Hierzulande sollte man sich endlich dessen bewusst werden, dass das Sparbuch Verlust bedeutet. Langfristig ist es sinnvoll, sein Vermögen am Kapitalmarkt anzulegen.

Auf den Sparbüchern werden Milliarden vernichtet

– in Prozentpunkten





Wirtschafts-
standort

Was uns ein fünfter Lockdown kosten würde

Die Virusvariante Omikron breitete sich zu Beginn des Jahres 2022 weltweit aus. Daher wurde auch in Österreich mit einem weiteren Lockdown – dem fünften – gerechnet. Wie Berechnungen der Agenda Austria zeigen, würde das die Bürger nicht nur viel Zuversicht und Nerven kosten, sondern auch rund 700 Millionen Euro pro Lockdown-Woche. Im Vergleich zu den vorangegangenen Lockdowns käme uns ein neuerliches Herunterfahren der Wirtschaft vergleichsweise „günstig“. Warum? Die Unternehmen und Menschen haben gelernt, sich an das Virus anzupassen. Dennoch verursachen die bestehenden Maßnahmen in vielerlei Hinsicht Kosten, denn nicht nur die Finanzhilfen belasten den öffentlichen Haushalt neuerlich. Die Kinder leiden unter Lernverlusten und Kontaktbeschränkungen, für einzelne Branchen wie den Tourismus wird die Situation hingegen existenzgefährdend.

Wirtschaftsstandort

03. Jänner

Was uns ein fünfter Lockdown kosten würde

– durchschnittlicher wöchentlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung, in Millionen Euro

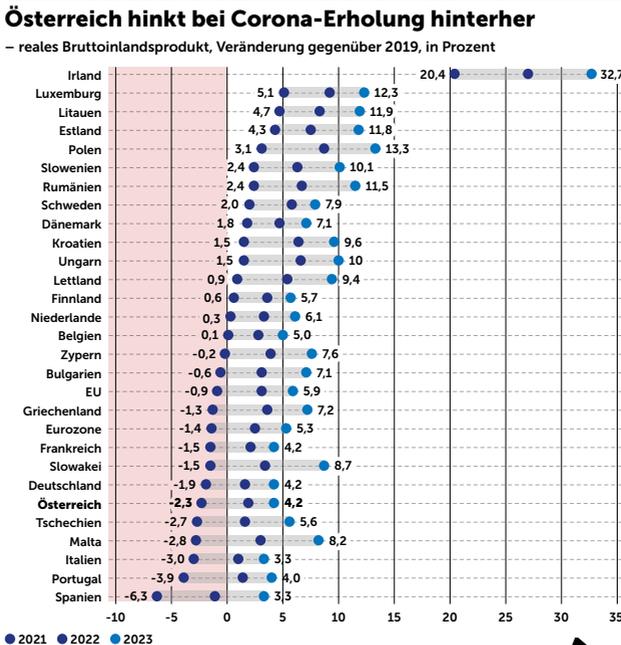


Quellen: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Durchschnittliche Kosten eines Lockdowns. Lockdown I: 16.3.2020–14.4.2020, Lockdown II: 17.11.2020–7.12.2020, Lockdown III: 26.12.2020–8.2.2021, Lockdown IV: 22.11.2021–12.12.2021.

Österreich erholt sich langsamer als andere Länder

Die Erholung von der Corona-Krise verläuft in Österreich deutlich schleppender als in den meisten anderen EU-Staaten. So dürfte Österreichs reales Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 2,3 Prozent unter dem Niveau von 2019 gelegen sein. Auf der anderen Seite hat es eine ganze Reihe von Ländern wie Luxemburg, Schweden oder Dänemark schon 2021 geschafft, das Vorkrisenniveau zu überwinden. Grund für das schwache Abschneiden Österreichs ist in erster Linie die starke Abhängigkeit vom Wintertourismus. Insbesondere in den Wintermonaten tun wir uns daher mit dem Wachstum schwer. Auch strukturelle Probleme, wie die hohe Abgabenlast des Faktors Arbeit, müssen in Österreich endlich angegangen werden. Das Bruttoinlandsprodukt Irlands entwickelte sich durch die Ansiedlung von Apple und Google im gleichen Zeitraum weiterhin sehr dynamisch.



Quellen: EU-Kommission, eigene Berechnungen.

Warum Sie auf Ihre Lieferung warten

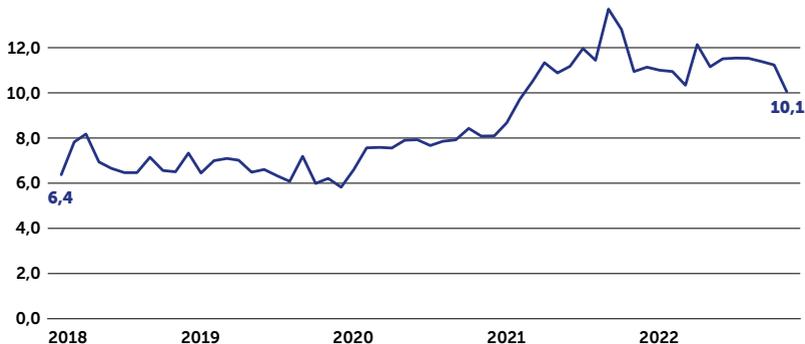
Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie rissen wichtige internationale Lieferketten. Die Lage hat sich mittlerweile zwar deutlich entspannt, die Null-Covid-Strategie in China sorgt aber weiterhin für erhebliche Turbulenzen. Noch immer liegen rund zehn Prozent der auf See beförderten Güter auf wartenden Schiffen. Das alles führt dazu, dass Unternehmen Bauteile fehlen oder Betriebe selbst in Lieferschwierigkeiten geraten. Kürzlich meldete beispielsweise Apple Probleme mit der Auslieferung des neuen iPhones. Der konjunkturelle Abschwung wird den Druck etwas mindern, dennoch müssen Lieferketten diversifiziert werden. Kurzfristig wird das leider die Preise weiter steigen lassen. Langfristig hilft es uns aber, dass wir uns weniger abhängig von China machen.

Wirtschaftsstandort

14. November

Lieferprobleme: So viele Güter liegen noch auf Schiffen auf den Weltmeeren

– Anteil der unbewegten Güter an den insgesamt verschifften Gütern, in Prozent



Quelle: ifW Kiel.

Briten wieder auf dem Wohlstandsniveau von 2018

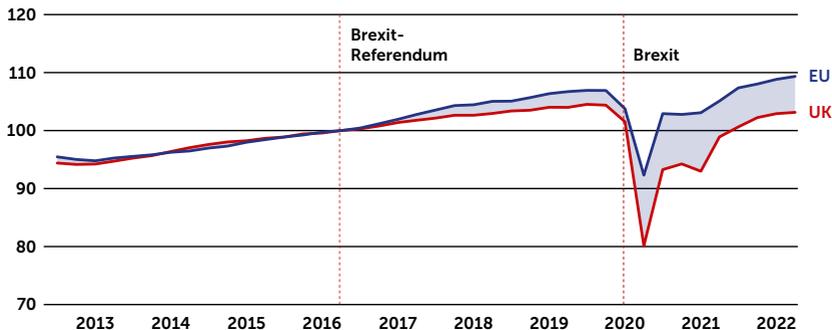
Das Vereinigte Königreich schlittert spätestens seit dem Brexit-Referendum von einer Krise in die nächste. Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist seither um nur drei Prozent gewachsen. In der EU war der Anstieg mehr als dreimal so hoch. Damit sind die Briten zwar pro Kopf immer noch reicher als die Europäer, doch sie sind im Vergleich ärmer geworden. Natürlich ist diese Entwicklung nicht allein auf den Brexit zurückzuführen. Länder sind unterschiedlich gut durch die Krisen der letzten Jahre gekommen. Aber: Die geschäftlichen Investitionen im Königreich entwickeln sich seit Jahren schlecht. Auch die Aussichten für die Handelsbeziehungen sind weiter ungewiss. Der Brexit dürfte zu dieser Misere beigetragen haben. Für eine finale Analyse des langfristigen Brexit-Effekts ist es aber noch zu früh, da sich gerade mehrere Krisen überlagern.

Wirtschaftsstandort

26. Dezember

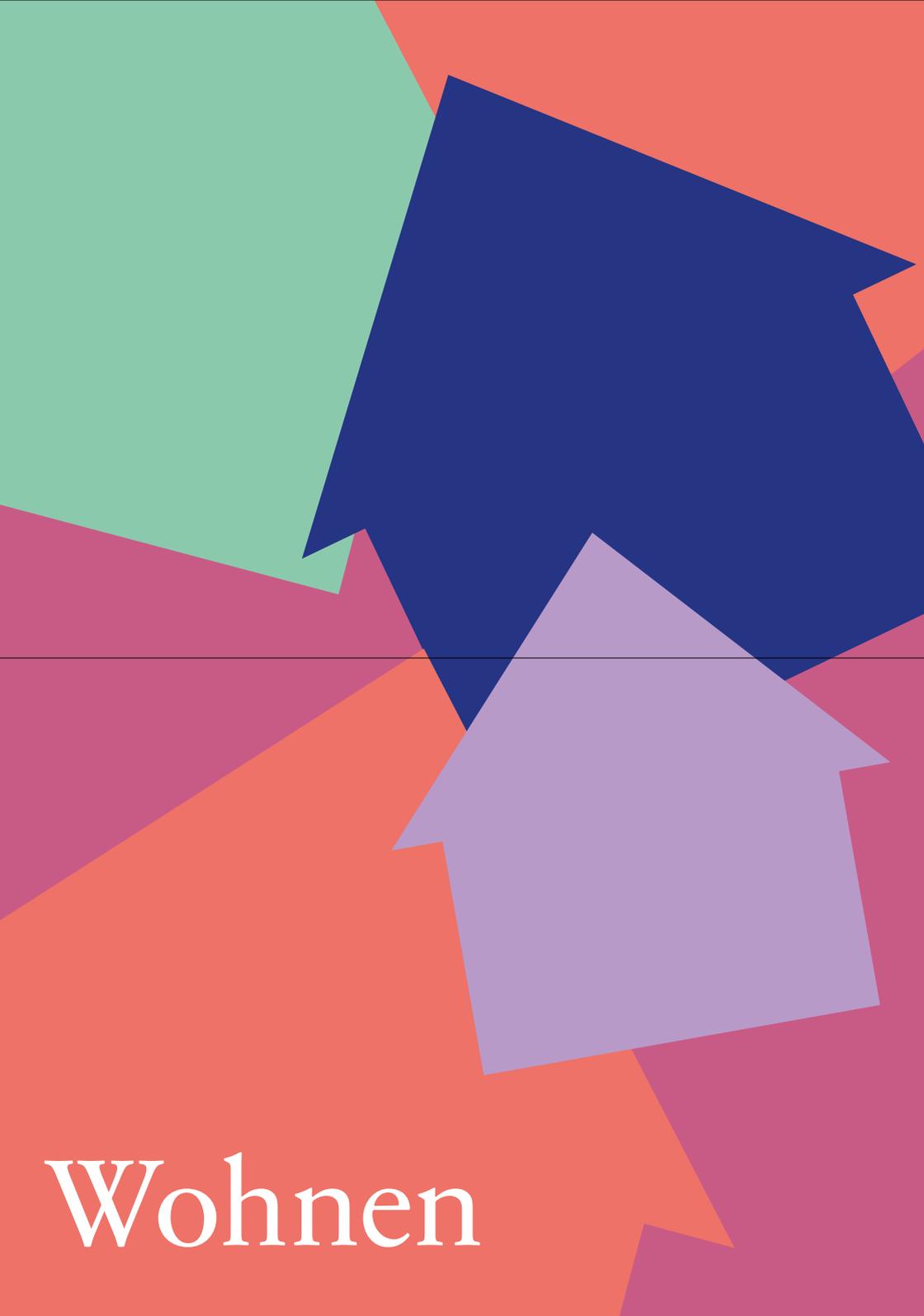
Told you so!

– Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner in der Europäischen Union (EU) und im Vereinigten Königreich (UK) in den letzten zehn Jahren, Index (2. Quartal 2016 = 100)



Quellen: OECD, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Gemessen in US-Dollar (real, Basisjahr 2015), fixe Kaufkraftparitäten, saisonbereinigt. Die Grafik stellt zehn Jahre bzw. 40 Quartale dar (3. Quartal 2012 bis 2. Quartal 2022). Referenzquartal ist das 2. Quartal 2016, da das Brexit-Referendum im Juni 2016 stattgefunden hat.



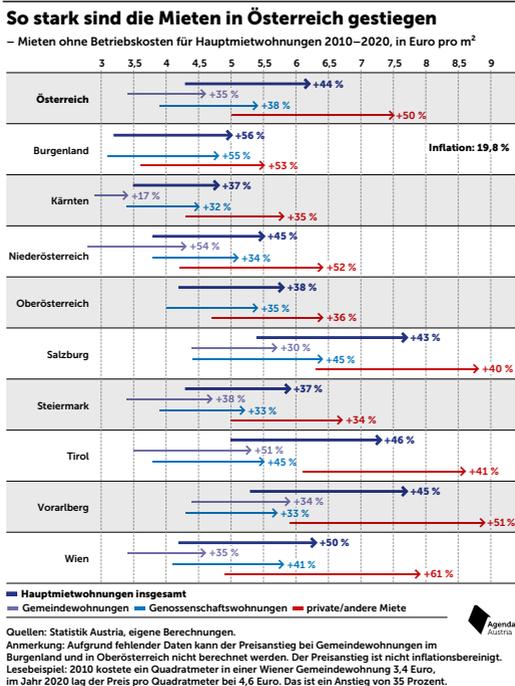
Wohnen

Mieten steigen in allen Segmenten ¹¹⁸

Zwischen 2010 und 2020 stiegen die Mieten in Österreich deutlich stärker an als die Inflation. Während die allgemeinen Preise in diesem Zeitraum um 19,8 Prozent zulegten, verteuerten sich die Mieten im Durchschnitt pro Quadratmeter um 44 Prozent. Erhöht haben sich die Wohnkosten quer über alle Segmente hinweg, ob am privaten Wohnungsmarkt, in Genossenschaftswohnungen oder in den vielen Gemeindebauten. Das liegt vor allem an der zunehmenden Nachfrage und den gleichzeitig steigenden Immobilienpreisen. Aber nicht nur: Viele Mietverträge enthalten eine Anpassung an die Inflation. Erhöht sich die Inflation, steigen die Mieten. Steigen die Mieten, erhöht sich die Inflation. Dieser Kreislauf wird Wohnen in Zukunft weiter verteuern. Sinken werden die Wohnkosten erst dann, wenn das Angebot schneller wächst als die Nachfrage und sich die Geldpolitik normalisiert.

Wohnen

17. Jänner



Hohe Baukosten dürften Mieten nach oben treiben

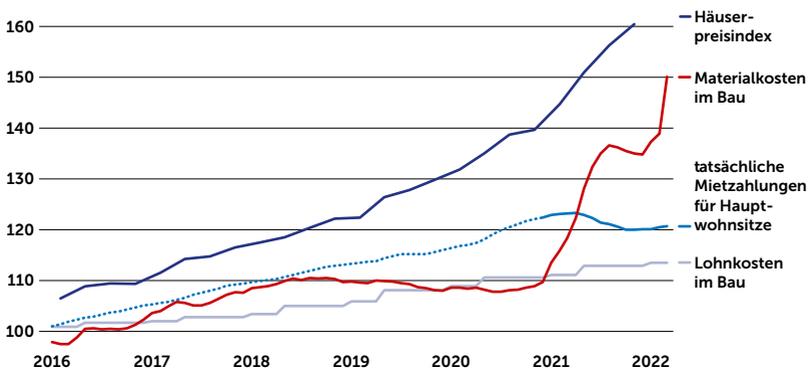
Der rasante Anstieg der Baukosten hat sich auch im März weiter fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich der Baukostenindex für den Wohnhaus- und Siedlungsbau um 15,2 Prozent. Allein die Materialkosten sind innerhalb eines Jahres um fast 27 Prozent in die Höhe geschossen. Ab Anfang Mai kommt außerdem eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Löhne in der Baubranche um 4,2 Prozent hinzu. Der Bau von Wohngebäuden wird sich also weiter verteuern. Im Niedrigzinsumfeld der letzten Jahre sind die Häuserpreise ohnehin schon kräftig gestiegen. Die Mieten haben sich dagegen in jüngster Zeit eher seitwärts entwickelt, wobei aber aufgrund einer Änderung der Berechnungsmethode durch die Statistik Austria ein Vergleich mit Werten vor 2021 nur eingeschränkt aussagekräftig ist.

Wohnen

25. April

Materialkosten werden Preistreiber beim Wohnen

– Entwicklung der Lohn- und Materialkosten im Bau sowie der Mietzahlungen und Häuserpreise (Index, 2015 = 100)



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Lohn- und Materialkosten im Bereich Wohnhaus- und Siedlungsbau. Bei den Mietpreisen gab es 2021 eine Änderung in der Erhebungsmethode im Mikrozensus. Sie werden nun präziser erhoben und sind mit den Werten davor nur bedingt vergleichbar. Die Werte bis Dezember 2020 sind daher gepunktet dargestellt. Der Häuserpreisindex liegt nur quartalsweise vor.





www.agenda-austria.at

Redaktion & Koordination:

Jean-Pierre Bednar, MSc.
Christoph Beranek, MSc.

Herausgeber:

Dr. Franz Schellhorn
Jänner 2023

Design

Rosebud

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

Druck

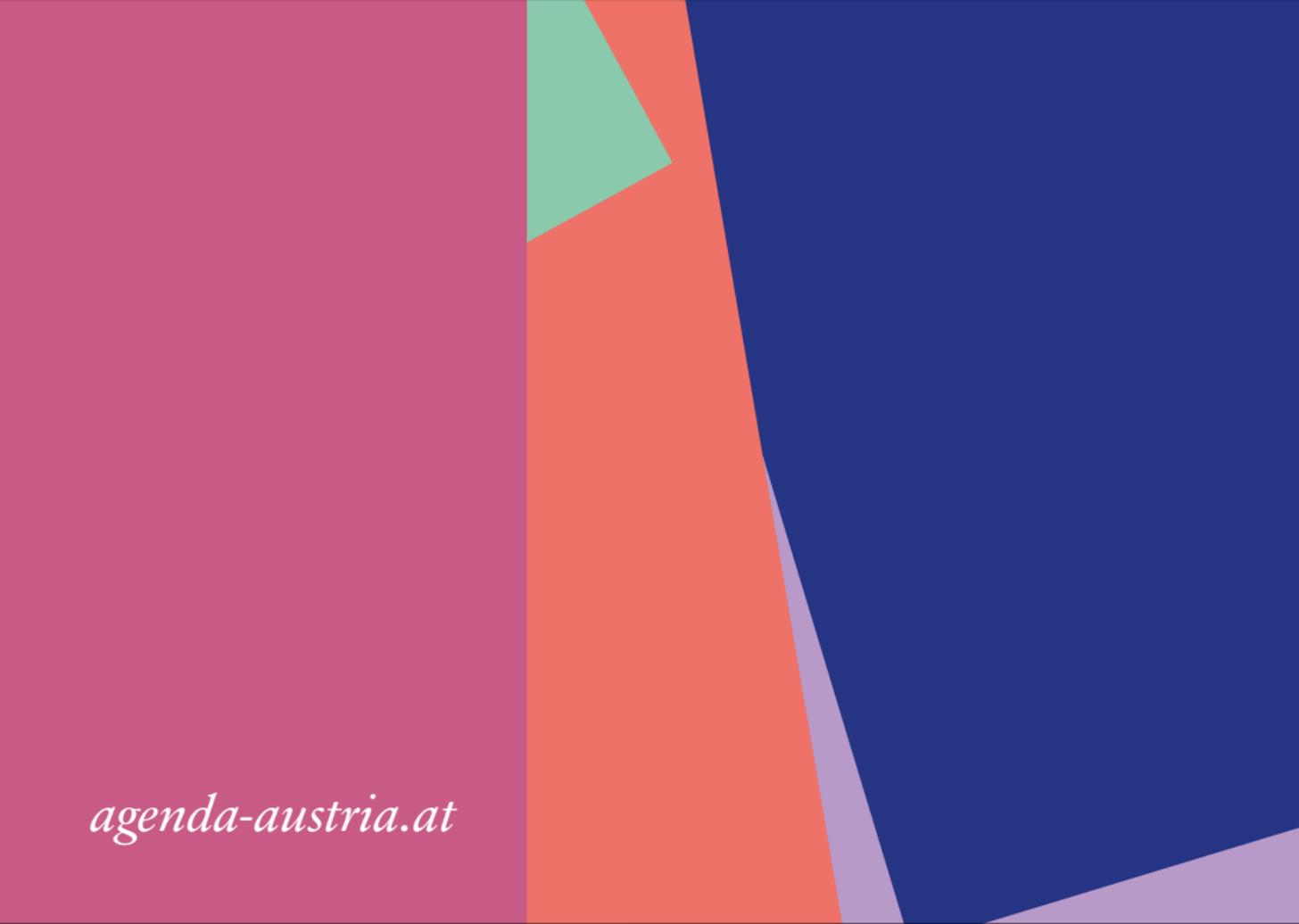
Print Alliance HAV Produktions GmbH
Druckhausstraße 1, A-2540 Bad Vöslau

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Publikation verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

2017 2018 2019
2020 2021 2022
2023



agenda-austria.at